Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 119. Montag, den 22. Mai 1916. 23. Jahrg.

Der Geburtenrückgang und seine Ursachen.

I.

Das Problem des Geburtenrückganges, das schon vor Ausbruch des Krieges die öffentliche Diskussion beherrscht hat, hat sich durch die ungeheuren Verluste des Weltkrieges noch mehr zugespitzt. Es kann nur mit Freude begrüßt werden, wenn immer weitere Kreise in Würdigung des Ernstes der Situation dieser Frage ihre Aufmerksamkeit entgegenbringen. Es wird schwer sein zu verhindern, daß die Volkskraft nach dem Kriege sinkt, aber bei gutem Willen und bei Zusammenarbeiten aller berufenen Organe, der Vertreter des Reiches, der Einzelstaaten, der Gemeinden und der ärztlichen Wissenschaft wird und muß es gelingen, im Laufe der Zeit die Schäden, die der Krieg auf diesem Gebiet gezeitigt hat, wieder wettzumachen.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Statistik, damit wir uns ein Bild über die Bevölkerungsbewegung machen können. In dem Zeitraum von 1816 bis 1870 schwankte die Geburtenziffer Deutschlands zwischen 41 und 35 Lebendgeburten auf 1000 Einwohner. Nach dem deutsch-französischen Kriege begann ein beträchtliches Ansteigen der Geburtenzahl, die bis 1876 anhielt und vom Jahre 1877 ab zunächst allmählich, dann aber ganz rapide sank. Während 1877 noch 40 Lebendgeburten auf 1000 Einwohner kamen, waren es im Jahre 1900 nur noch 35,6 und im Jahre 1912 nur noch 28,2. In den 25 Jahren von 1876 bis 1900 ist die Geburtenziffer um 5,3 auf 1000 Einwohner, d. h. um 13 Prozent, in den 12 Jahren von 1901 bis 1912 um weitere 7,5 auf 1000, insgesamt also um 21 Prozent gefallen. In den ersten 12 Jahren des neuen Jahrhunderts ist der jährliche Geburtenrückgang dreimal so stark gewesen, als in den vorhergehenden 25 Jahren. Wenn auch manche andere Staaten, insbesondere Belgien, Frankreich, Schweden, England und die Schweiz zum Teil noch erheblich niedrigere Geburtenziffern als Deutschland aufweisen, so läßt doch kein einziges Land seit 1900 einen so tiefen und so rasch verlaufenden Geburtenabsturz erkennen wie Deutschland. Wir haben heute jährlich 569 000 Geburten weniger als wir haben müßten, wenn wir noch die Zahlen von 1900 behalten hätten. Das bedeutet, daß wir, wenn wir wenigstens die Geburtenziffer von 1900 behalten hätten, heute — nach Abrechnung derjenigen Kinder, die voraussichtlich durch Tod, inzwischen wieder ausgeschieden wären — 2½ Millionen mehr Bevölkerung hätten, als wir tatsächlich haben.

Gewiß ist es richtig, daß unsere Sterblichkeit in den letzten 30 Jahren vor allem dank der gesundheitlichen Fortschritte in erfreulichem Maße zurückgegangen ist. Während wir vor 30 Jahren noch eine Sterblichkeit von rund 26 auf 1000 hatten, haben wir heute eine von etwa 14, d. h. es sterben heute rund 700 000 Menschen in Deutschland weniger als sterben würden, wenn wir noch die Verhältniszifer der Sterblichkeit vom Jahre 1886 hätten. Aber das bedeutet, wie der hervorragende Forscher auf diesem Gebiete, der Geheime Obermedizinalrat Dr. Krohne, kürzlich im preußischen Abgeordnetenhause ausgeführt hat, keine Beseitigung, sondern nur ein Hinausschieben der uns drohenden Gefahr. Denn gerade seit Anfang dieses Jahrhunderts nimmt die Sterblichkeit zwar fortgesetzt ab, aber die Abnahme der Geburtenziffer verläuft in einem viel rascheren Tempo. Seit 1900 hat unsere Sterblichkeit um 4,4 auf das Tausend abgenommen, die Geburtenziffer dagegen um 7,7 auf das Tausend, das heißt die Geburtenziffer ist um 75 Prozent stärker gesunken als unsere Sterblichkeit. Angesichts dieser statistisch feststehenden Tatsachen müssen wir uns vor Augen halten, daß die Abnahme der Sterblichkeit ihre natürliche Grenze hat, die Abnahme der Geburtenziffer aber nicht. Die Gefahr, daß die Geburten immer weiter abfallen und schließlich unter die Sterblichkeitsziffer herabsinken können, ist also nicht von der Hand zu weisen. Frankreich ist bereits auf diesem Standpunkt angelangt, es hat zum erstenmal im Jahre 1911 35 000 Geburten weniger als Todesfälle gehabt, allein im ersten Halbjahr 1914 bis zum Juli hatte es bereits ein Weniger von 25 000 Geburten.

Besonders stark ist der Geburtenrückgang in Berlin. Hier entfielen 1876 noch 46 Geburten auf 1000 Einwohner, im Jahre 1913 nur noch 19,56, Berlin hat also in 37 Jahren um weit mehr als die Hälfte seiner Fruchtbarkeit verloren. Auch in Nürnberg macht sich eine fortgesetzte Abnahme der Geburtenziffer bemerkbar, die Zahl der Geburten ist hier von 27,76 auf das Tausend im Jahre 1910 auf 26,04 im Jahre 1911 und dann weiter auf 25,55 im Jahre 1912 und auf 24,71 im Jahre 1913 gesunken. Noch besorgniserregender sind die Zahlen von München, wo 1910 22,45, 1911 22,40, 1912 21,88 und 1913 nur noch 20,87 lebend Geborene auf 1000 Einwohner kamen. Wenn auch der Rückgang der Geburten auf dem Lande in weit geringerem Grade in Erscheinung tritt, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß wir bei fortschreitender Abnahme der Geburtenziffer in nicht zu ferner Zeit mit einem Stillstand, ja vielleicht mit einer Abnahme unserer Volkszahl rechnen müssen, selbst dann, wenn es uns gelingt, die Sterblichkeitszahlen noch weiter herabzudrücken.

Und die Ursachen dieser traurigen Erscheinung?

Ob und welchen Anteil die Geschlechtskrankheiten daran haben, darüber gehen die Ansichten der Forscher auseinander. Blaschko, der annimmt, daß etwa 4 Prozent der Ehen in Deutschland infolge von Geschlechtskrankheit des Mannes kinderlos seien, vertritt heute im Gegenteil zu früher den Standpunkt, daß der Beweis dafür, daß seit 1876 die Geschlechtskrankheiten zugenommen haben, nur sehr schwer zu führen sei. Er weist darauf hin, daß zwar die Städte immer einen viel höheren Prozentsatz an Geschlechtskrankheiten gehabt haben als das Land, daß ferner die Städte seit 1876 enorm gewachsen sind, aber er hält es nach neueren sorgfältigen Nachforschungen für fraglich, ob die Geschlechtskrankheiten in Deutschland in der Zunahme begriffen sind. Ja seit 1903 schließt er sogar mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit ein Ansteigen der Geschlechtskrankheiten aus, und in vielen Großstädten, z. B. in Berlin stellt er einen merklichen Rückgang fest.

Von erheblicherer Bedeutung ist die Frage, ob etwa durch den zunehmenden Anteil der Frauen am Erwerbsleben eine allmähliche Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse und infolgedessen eine allgemeine Verminderung der Gebärfähigkeit der erwerbstätigen Frauen eingetreten ist. Daß die Zunahme der Zahl der erwerbstätigen Frauen gesundheitliche Gefahren für die Fortpflanzung des Menschengeschlechts herbeizuführen geeignet ist, läßt sich nicht bestreiten. Tatsächlich ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Deutschland von 5 264 393 im Jahre 1895 auf 9 500 000 im Jahre 1910 angewachsen, und im Jahre 1911 haben allein 25 Prozent der gesamten Arbeiterschaft aus weiblichen Arbeitern bestanden. Ganz zweifellos können schwere Berufsarbeit und die gleichzeitige Ausübung der ehelichen Pflichten auf die Dauer eine Schwächung des Frauenkörpers mit sich bringen und schließlich die Fortpflanzung wesentlich beeinträchtigen. Alle Sachverständigen stimmen darin überein, daß in der wachsenden Zahl der beruflich besonders in Fabriken und ähnlichen Betrieben tätigen Frauen eine Gefahr für die Zukunft liegt, wenn auch von einer Verschlechterung der Rasse, von einer Entartung und einer dadurch bewirkten Verminderung der Zeugungs- und Gebärfähigkeit bisher erfreulicherweise noch nicht gesprochen werden kann.

Zu denken gibt ein anderer Umstand: daß eine gewisse Einschränkung der Kinderzahl schon früher in den höheren Gesellschaftsschichten und zum Teil auch im Mittelstande geherrscht hat, während sich der Geburtenrückgang auch in den unteren Volksschichten erst in neuerer Zeit bemerkbar macht. In Arbeiterfamilien, die mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, ist das Streben nach Beschränkung der Kinderzahl durchaus begreiflich. Die Abnahme der Geburtenziffer ist erst in der Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs zu erkennen, die besitzenden Klassen wandten die neomalthusianistischen Praktiken viel früher und auch heute noch in viel weiterem Umfange als die Arbeiterklasse an, innerhalb der Arbeiterschaft erzeugen gerade die höchststehenden bestbezahlten Schichten weniger Kinder als die tiefstehenden. Aus diesen unbestreitbaren Beobachtungen den Schluß zu ziehen, daß nicht wirtschaftliche Momente, insbesondere nicht die Erschwerung der Lebensführung zur Kleinhaltung der Familie führen, ist, wie Blaschko zutreffend hervorhebt, ein Trugschluß. Dieser Widerspruch, meint Blaschko, ist nur ein scheinbarer. In Wirklichkeit ist die Geburtenziffer in den verschiedenen Volksschichten ungleich, für jede Schicht eine typische Größe, sie ist am geringsten bei den Wohlhabenden und Beamten, etwas größer im Proletariat. Mit dem Aufsteigen in eine höhere Gesellschaftsschicht nimmt unweigerlich die Kinderzahl ab. Innerhalb jeder Schicht aber bestehen Schwankungen, die ihrerseits wieder von den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen abhängen; mit der Verteuerung der Lebenshaltung zu Zeiten wirtschaftlichen Notstandes sinkt in jeder Schicht die Geburtenziffer, in Zeiten der Prosperität steigt sie. Aehnlich Mombert: „Eine einmalige Besserung der Verhältnisse hat die Tendenz, geburtenvermehrend zu wirken; erhöhen sich aber dabei dauernd Wohlstand und Kultur, so wird die entgegengesetzte Wirkung ausgelöst, die auf eine Verminderung der Fruchtbarkeit hindrängt. Aber nur dort wird diese letztere Wirkung eintreten können, wo Wohlstand und Reife der Bevölkerung soweit vorgeschritten sind, daß größere Voraussicht und Sorge für die Zukunft Platz greifen." Hiernach wird man mit Blaschko der Ansicht sein dürfen, daß nicht der Wohlstand an sich die Tendenz zur Geburtenverminderung auslöst; sondern daß immer erst ein gewisser Grad von Bildung, Einsicht und Verantwortlichkeitsgefühl vorhanden sein muß. Die Richtigkeit dieser Anschauung ergibt sich daraus, daß als nach 1870 die Massenabwanderung vom Land in die Städte begann und die Entfaltung der Industrie Arbeit und Verdienst in Fülle gewährte, die Geburten in der frisch eingewanderten, noch wenig kultivierten Arbeiterbevölkerung zunächst rapide anstiegen, daß aber der Abfall erst später und ganz allmählich begann, und zwar setzte er ein bei den bestbezahlten und intelligentesten Arbeiterschichten mit ihren höheren geistigen Lebensansprüchen. Mit der zunehmenden Intelligenz des großstädtischen Proletariats hat sich die Einsicht, daß die Erschwerung der Kinderaufzucht ein vermeidbares Uebel sei, schließlich auch auf weitere Kreise übertragen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Wie auch in der gegnerischen Presse die Stimmen der Vernunft sich mehren, dafür möchten wir heute ein neues Beispiel liefern. Unter der Ueberschrift: „Der zukünftige Friede" veröffentlicht die Pariser Presse vom 17. d. M. einen Leitartikel, der, obwohl er noch immer von einem Siege des Vierverbandes träumt, wesentlich anders klingt wie die prahlerischen Tiraden der Pariser Blätter, die sie bisher über den Frieden veröffentlichten. Das Blatt schreibt: „Jeder will, an der Front wie im Hinterland, den Frieden, und jeder will trotzdem aushalten bis zum glücklichen Ende und ertragen, was ertragen werden muß. Die Deutschen wissen, daß die sie Bekämpfenden und in Schach Haltenden keine Völker sind, die nach Eroberungen und nach Herrschaft streben. Sie kennen daher auch den Weg, um den Frieden, den sie bald haben wollen, zu erreichen, einen Frieden, den sie schon zweimal der Welt vorgeschlagen haben. Wenn sie ihn wirklich wollen, oder wenn man sie dazu durch unseren Sieg bringt, ihn wirklich zu wollen, so wird die Sache sich nicht hinziehen. Man hat es ihnen in England und Frankreich gesagt: sie müssen ihren Willen dann nur in Rom, in Madrid oder in Washington kundgeben!"

Das Blatt spricht weiter von Schadenersatzzahlungen, die Deutschland zu leisten hätte. Wenn auf solcher Grundlage natürlich der Friede auch nicht geschlossen werden kann, so wäre doch der Verzicht Frankreichs auf Eroberungen ein ganz wesentlicher Schritt nach vorwärts und der Anfang einer Erkenntnis der wahren Sachlage.

In den Kämpfen um Verdun haben unsere Truppen am Sonnabend wieder einen nennenswerten Erfolg zu verzeichnen. Sie konnten ihre Linien auf den Süd- und Südwesthängen des Toten Mannes vorschieben und hierbei über 1300 Mann gefangen nehmen, sowie 16 Maschinengewehre und 8 Geschütze erbeuten. Ein Vierteljahr dauern nun die Kämpfe um Verdun an; in diesem Zeitraum sind die Deutschen bis zur zweiten Verteidigungslinie vorgestoßen. Ein Resultat, das in Anbetracht der Schwierigkeit der Kämpfe als ein sehr gutes bezeichnet werden muß.

Bedeutende Erfolge haben die österreichisch-ungarischen Truppen im Terragnolo (Laintal) erzielt. Nach der Besetzung des Monte Maronia nahmen sie den längs der Reichsgrenze verlaufenden Rücken des Monte Maggio, der hier, bis zu 1857 Meter ansteigend, in weitem Umkreis den höchsten und beherrschenden Gipfel darstellt. Von Monte Maggio führt ein nur wenig über 1200 Meter hoher Sattel auf italienisches Gebiet nach Laghi und in das Posinatal, das bei Arsiero in das Astachtal mündet. Auch der Gewinn des im Westen des Laintals, gegenüber dem Monte Maggio emporragenden Costa Bella ist ein bedeutender strategischer Erfolg, da mit ihm der Besitz des ganzen Tales gesichert und auch der Uebergang über den an der Grenze liegenden Borcola-Paß gestützt ist. Durch das erfolgreiche Vordringen im Laintal und gegen die Paßhöhe von Borcola wurde ein enger Halbkreis um die starken italienischen Stellungen auf dem Col Santo-Massiv gezogen, das sich zwischen dem Etschtal und dem Laintal bis zu einer Höhe von 2114 Metern erhebt. Vom Col Santo ist die Reichsgrenze in der Luftlinie etwa sieben Kilometer entfernt. Der Col Santo wurde vom Feinde gesäubert und befindet sich bereits in unserer Verbündeten Besitz.

In erfreulicher Weise wurden die bisherigen Erfolge vergrößert: der Feind wurde von den Höhen im Osten des eroberten Werkes Campomolon vertrieben, die Tonezza-Spitzen, drei Kilometer östlich vom Monte Campomolon, von denen die eine 1696 Meter hoch ist, der anderthalb Kilometer östlich vom Monte Campomolon 1048 Meter emporragende Monte Meligrone und der beide Höhen verbindende, mit einer befestigten Kaserne geschützte Passo della Vena wurden erobert. Die Tonezza-Spitzen und der Monte Meligrone waren mit starken Batteriestellungen befestigt.

Auch im Suganertal geht der Vormarsch erfolgreich weiter. Oesterr. Truppen besetzten Rogcegno und nahmen den vier Kilometer südlich von diesem Orte auf dem Armentera-Rücken gelegenen 1434 Meter hohen Sasso Alto in Besitz.

Die Zahl der Gefangenen und der erbeuteten Geschütze hat sich weiter wesentlich vermehrt; am Sonnabend bezifferte sich die erstere auf über 3000, die der Geschütze auf 25. Das sind schwere Schlappen, angesichts deren es verständlich erscheint, wenn ein italienischer Ministerrat den bereits gefaßten Beschluß, zum Jahrestag der italienischen Kriegserklärung Gedenkreden zu halten, rückgängig machte. Ebenso verständlich ist es, daß nunmehr bereits italienische Blätter die Verbündeten um Hilfe angehen. Hier werden sie aber wohl lange warten müssen.

Grey hat aus Anlaß des Besuches russischer Dumamitglieder wieder eine Rede gehalten, die er sich jedoch ruhig hätte sparen können, denn sie sagt garnichts. Grey sagte: „Die von den Feinden beliebte Taktik ist, Mißtrauen zwischen den Alliierten zu säen und so die Behauptung aufzustellen, daß wir und unsere Verbündeten uneinig untereinander wären. Wenn aber die Zeit gekommen sein wird, wird es klar werden, wie wenig verschieden die Ziele unserer Verbündeten von den englischen Interessen sind. Die gemeinsamen Interessen werden auch im Frieden die Alliierten vereinigt halten. Wenn der Friede da ist, wird es die natürlichste Sache von der Welt für England sein, die russischen Interessen zu schützen und dauernd am Herzen zu behalten, wie die eigenen. Ich hoffe, sagte er, daß unsere russischen Freunde in England Gelegenheit gehabt haben, um die Ueberzeugung mitzunehmen, daß wir alles, was wir besitzen, in die Wagschale des Kampfes werfen: Schiffe, Geld, Kriegsmaterial, Industrie-Erzeugnisse. Wir wollen, daß unsere Hilfe so groß wie möglich ist, sodaß der gemeinsamen Sache dadurch am besten gedient wird. Während Ihres Besuchs hat das Parlament die Dienstpflicht angenommen. Unsere Bundesgenossen mögen dem geringe Bedeutung beimessen, aber für uns Briten ist dies Abweichen von der alten Tradition von größtem Gewicht. Ich möchte gern, daß unsere Bundesgenossen den Beweis mitnehmen, wie sehr man bei uns fest entschlossen ist, mit äußerster Kraftanstrengung an der gemeinsamen Sache der Alliierten mitzuwirken."

*

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 21. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf den Süd- und Südwesthängen des Toten Mann wurden nach geschickter Artillerievorbereitung unsere Linien vorgeschoben. 31 Offiziere, 1315 Mann wurden als Gefangene eingebracht, 16 Maschinengewehre und 8 Geschütze sind außer anderem Material erbeutet. Ein feindlicher Gegenstoß blieb ergebnislos.

Rechts der Maas ist, wie nachträglich gemeldet wird, in der Nacht zum 20. Mai im Caillette-Wald ein französischer Handgranatenangriff abgewiesen worden. Gestern gab es hier keine Infanterietätigkeit, das beiderseitige Artilleriefeuer erreichte aber zeitweise sehr große Heftigkeit.

Kleinere Unternehmungen, so westlich von Beaumont und südlich von Gondrexon, waren erfolgreich.

Bei Ostende stürzte ein feindliches Flugzeug im Feuer unserer Abwehrgeschütze ins Meer. Vier weitere wurden im Luftkampf abgeschossen; zwei von diesen in unseren Linien bei Lorgies (nördlich von La Bassee) und südlich von Chateau-Salins, die beiden anderen jenseits der feindlichen Front am Bourrus-Wald (westlich der Maas) und über der Cote östlich von Verdun.

Unsere Flugzeuggeschwader haben nachts Dünkirchen erneut ausgiebig mit Bomben angegriffen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Behinderungen, die durch erhebliche Ueberschwemmungen im Wardar-Tal eingetreten waren, sind beseitigt.

Oberste Heeresleitung.

*

Wien, 20. Mai. (Amtlich.)

Russischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Südtiroler Front warfen unsere Gegenangriffe den Feind weiter zurück.

Im Sugana-Tal drangen unsere Truppen in Ronchi (Roncegno) ein. Auf dem Armentera-Rücken bemächtigten sie sich des Sasso Alto. Oestlich des eroberten Werkes Campomolon sind die Toraro-Spitzen, der Passo della Vena und der Monte Melignone in unserer Hand.

Hier versuchten die Italiener mit eilends zusammengerafften Kräften ein Gegenangriff, der sofort abgeschlagen war. Auch vom Col Santo ist der Feind bereits vertrieben.

Seit Angriffsbeginn nahmen unsere Truppen 257 Offiziere, über 12 900 Mann gefangen und erbeuteten 107 Geschütze, darunter zwölf 28-Zentimeter-Haubitzen, und 68 Maschinengewehre.

Unsere Flieger belegten die Bahnhöfe von Peri, Vicenza, Cittadella Castelfranco, Treviso, Casarsa und Cividale, sowie die feindlichen Seeflugstationen mit Bomben.

*

Wien, 21. Mai. (Amtlich.)

Russischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe an der Südtiroler Front nahmen an Ausdehnung zu, da unsere Truppen auch auf der Hochfläche von Lafraun zum Angriff schritten. Der Gipfel des Armentera-Rückens ist in unserem Besitz. Auf der Hochfläche Lafraun drangen unsere Truppen in die erste, hartnäckig verteidigte feindliche Stellung ein. Die aus Tiroler Kaiserjägern und der Linzer Infanterietruppen-Division bestehende Kampfgruppe des Erzherzogs Karl Franz Josef erweiterte ihren Erfolg. Der Cima dei Laghi und nordöstlich dieses Gipfels der Cima di Mezzo sind genommen. Auch vom Borcola-Paß wurde der Feind verjagt. Südlich des Passes fielen drei weitere 28-Zentimeter-Haubitzen in unsere Hände. Vom Col Santo her dringen unsere Truppen gegen den Pasubio vor. Im [illegible]-Tal ist [illegible] von uns besetzt. Gestern wurden über 3000 Italiener, darunter 84 Offiziere, gefangen, 25 Geschütze und 8 Maschinengewehre erbeutet.

Gegen Frankreich und Belgien.

Die französischen Generalstabsberichte

melden vom Freitag: Auf dem linken Maasufer unternahmen gestern gegen Tagesende die Deutschen ihre Angriffe auf die Gegend des Gehölzes von Avocourt und der Höhe 304. Diese Angriffe [illegible] und mit [illegible], zu zwei [illegible] an der Front [illegible] Divisionen [illegible] [illegible] was aus dem Gehölz von Avocourt und aus unseren Stellungen westlich der Höhe 304 zu [illegible]. Im Zentrum gelang es indessen dem Feinde, sich eines kleinen, östlich der Höhe 287 gelegenen Werkes zu bemächtigen. [illegible] des Feindes, an diesem Punkte seine Fortschritte weiter auszubauen, wurden durch unser Feuer glatt angehalten. Auf den Nordwestabhängen der Höhe 304 scheiterte ein Versuch der Deutschen, den von uns gestern genommenen befestigten Punkt wiederzuerobern, vollständig.

Flugwesen: In der Nacht auf den 19. Mai nahmen unsere Flugzeuge zahlreiche Unternehmungen und Beschießungen vor. Der Flugplatz von Morhange, die Bahnhöfe von Metzles Sablons, Arnoville, Bricules, Stenay, Sedan und Etain, die Lager bei Montfaucon und Azannes erhielten zahlreiche Geschosse.

Sonnabend nachmittag: In Belgien wurden feindliche Gruppen, die den Yser-Kanal zwischen Steenstraate und Het Sas überschreiten wollten, durch unser Infanterie- und Artilleriefeuer angehalten. In der Champagne unternahmen die Deutschen einen starken Gasangriff auf unsere Front zwischen der Straße St. Hilaire und St. Souplet und der Straße Souain und Sommepy. Durch unser sofort gegen ihn gerichtetes Sperrfeuer angehalten, konnte der Feind den Angriff nicht vortragen, den er vorbereitete.

Flugwesen: Am gestrigen Tag schoß der Unterleutnant Navarre sein elftes deutsches Flugzeug ab. Das Flugzeug fiel in unseren Linien bei Chattancourt nieder. Die beiden Flieger wurden gefangen genommen. Am selben Tag wurde ein anderes deutsches Flugzeug von Unterleutnant Dungesser angegriffen und zerschellte im Walde von Forges. Dies ist das fünfte feindliche, von diesem Fliegeroffizier abgeschossene Flugzeug. Drei weitere deutsche Flieger, die von den unserigen aus Maschinengewehren beschossen wurden, stürzten ab und, wie beobachtet, senkrecht in ihren Linien auf Dünkirchen und Berguß. In Dünkirchen wurde eine Frau getötet und 27 Personen verwundet. Aus Bergues werden 5 Tote und 11 Verwundete gemeldet. Zur Vergeltung suchte ein französisches Geschwader sogleich die feindlichen Lager bei Wyfwege, Zarren Handzaeme heim, sowie ein belgisches Geschwader das Flugzentrum Ghistelles. Die meisten Bomben trafen ihr Ziel.

Abendbericht: Nordwestlich von Roye beschoß unsere Artillerie die Verpflegungsdepots, wo mehrere Brände ausbrachen. Nördlich von Soissons zerstreute unser Feuer zwei starke deutsche Erkundungsabteilungen. In der Champagne gestattete uns ein Handstreich, nordwestlich Ville sur Tourbe in die feindlichen Linien einzudringen und einen deutschen Schützengraben zu säubern, dessen ganze Besatzung niedergemacht oder gefangen wurde. Am linken Maasufer unternahmen die Deutschen nachmittags nach einer äußerst heftigen Artillerievorbereitung einen groß angelegten Angriff auf die ganze Gegend des Toten Mann. Im Abschnitt östlich des Toten Mann wurde der Feind, der einen Augenblick in unsere Linien eingedrungen war, durch einen lebhaften Gegenangriff vertrieben, wobei er schwere Verluste erlitt. Im Abschnit westlich des Toten Mann und an den Nordhängen desselben gelang es den Deutschen, nach einer Reihe vergeblicher Stürme, die ihnen dank unserem Sperrfeuer und Gewehrfeuer mörderische Verluste kosteten, gegen Tagesende einige Stücke unseres vorgeschobenen Grabens zu besetzen. Feindliche Abteilungen, die bis zu unserer zweiten Linie durchgedrungen waren, wurden von unseren Geschützen unter heftiges Feuer genommen und fluteten in Unordnung unter Hinterlassung von zahlreichen Toten zurück.

*

Die Engländer berichten

vom Sonnabend: Nach einer heftigen Beschießung griff der Feind am 19. Mai abends unsere Linie südwestlich von Loos an. Er brach in den vordersten Graben ein, wurde aber unverzüglich hinausgeworfen. Der Feind versuchte, einen Posten nordwestlich von Wieltje zu überraschen, er wurde zurückgeschlagen. Die Royal Northlandshires eroberten einen Sprengtrichter auf dem Bergrücken von Vimy, den der Feind am 18. Mai genommen hatte, zurück. Beträchtliche Artillerietätigkeit herrschte an verschiedenen Punkten der Front, hauptsächlich bei Souchez und nordöstlich von Hannuisart. Wir brachten eine Mine im Abschnitt von Hulluch zur Explosion und besetzten den Trichter. Wir waren bei den Luftkämpfen sehr erfolgreich. Bei dem gestrigen günstigen Wetter kam es zu 13 Luftgefechten. Zwei feindliche Flugzeuge wurden hinter der deutschen Linie zum Absturz gebracht.

Gegen Rußland.

Russischer Heeresbericht

am Freitag: Westfront: Bei Merzendorf brachten wir die feindliche Artillerie zum Schweigen. Unser Feuer rief eine Explosion in einer Batterie hervor. Nordwestlich Krzemenice stellten unsere Pioniere eine Minengalerie des Feindes fest und sprengten sie alsbald. Der Feind wurde vollkommen überrascht und ergriff die Flucht; er ließ sein ganzes Minenmaterial im Stich. Der Versuch des Feindes, die verlorene Galerie wiederzunehmen, wurde durch Handgranaten abgeschlagen. Galizien: Nördlich von Toporoutz warfen sich unsere Patrouillen zwischen eine stärkere feindliche Abteilung. Die feindlichen Drahthindernisse und die feindliche Abteilung wurden vernichtet. Persien: Unsere Truppen besetzten die Stadt Sakiz (120 Kilometer südlich des Urmia-Sees) und gingen weiter vor bis Bane (50 Kilometer südwestlich Sakiz).

*

Streik in Petersburg.

In den Putilow-Werken sind am 17. Mai die Arbeiter in der Geschoßfabrik, in der Schrapnellabteilung und in der Schiffswerft in den Ausstand getreten. Die Gründe sind politischer Art; die Arbeiter klagen, daß der Staat die Arbeiterorganisationen [illegible] und Arbeitsstellen zu politischer Spionage benutze.

*

Fleischnot in Rußland.

Ein Armeebefehl des General Kuropatkin vom 16. Mai ordnet an der Nordwestfront fünf fleischlose Tage an. Die Bestandaufnahme habe ergeben, daß die äußerste Sparsamkeit notwendig sei; infolgedessen werde für die Armee und für die Zivilbevölkerung die Schlachtung und der Verkauf von Vieh oder Fleisch sowie die Zubereitung des letzteren außer Mittwochs und Sonnabends verboten.

Gegen England.

Angriff eines deutschen Flugzeug-Geschwaders auf englische Befestigungsanlagen.

WTB. Berlin, den 20. Mai. (Amtlich.) In der Nacht vom 19. zum 20. Mai hat ein Marine-Flugzeug-Geschwader von der flandrischen Küste aus die Hafen- und Befestigungsanlagen von Dover, Deal, Ramsgate, Broadstairs und Margate ausgiebig mit Bomben belegt und dabei an zahlreichen Stellen gute Brand- und Sprengwirkung beobachtet. Die Flugzeuge wurden von feindlichen Landbatterien und Bewachungsfahrzeugen heftig beschossen. Sie sind sämtlich unversehrt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Reuter verbreitet hierzu diese amtliche Meldung: Ein feindlicher Luftangriff wurde heute früh an der Ostküste von Kent, von mindestens drei Flugzeugen ausgeführt. Ein Wasserflugzeug warf 12 Explosivbomben auf die Insel Thanet ab. Niemand wurde getroffen und es wurde auch kein Schaden angerichtet. Zwei andere Flugzeuge warfen ungefähr 25 Bomben im östlichen Kent ab. Tot ein Soldat und verwundet eine Frau und ein Seemann. Mehrere Häuser wurden beschädigt. Ein Wasserflugzeug wurde heute früh in der Nähe der belgischen Küste von einer Seebatterie abgeschossen.

Gegen Italien.

Die italienische Heeresleitung

berichtet am Freitag: Im Adamello-Gebiet besetzten unsere Truppen den Gipfel des Hohen Sarca und die benachbarten Höhen. Wir nahmen dem Feinde an dreißig Gefangene ab und machten reiche Beute an Material und Lebensmitteln. Im Abschnitt der Front zwischen der Etsch und dem Terragnolo-Tale räumten wir eine Stellung auf der Cugna Torta, die durch ein dreitägiges Bombardement eingeebnet war. Zwei heftige aufeinanderfolgende Angriffe gegen unsere Stellungen südlich der Cugna Torta wurden mit sehr schweren Verlusten für den Feind zurückgeschlagen, dem wir außer Gefangenen auch ein Maschinengewehr abnahmen. In dem Abschnitt zwischen dem Terragnolo-Tale und dem oberen Astico setzte der Gegner mit zahlreichen Batterien aller Kaliber sein heftiges Bombardement gegen unsere Verteidigungsstellung vom Monte Maggio bis zum Soglio d'Aspio fort. Um nutzlose Verluste zu vermeiden, wurde diese Linie geräumt. Im Sugana-Tal griff der Feind nach heftigem Artilleriefeuer, das die ganze Nacht zum 18. Mai hindurch dauerte, am frühen Morgen unsere Stellungen vom Maggio-Tale bis zum Monte Collo an. Er wurde überall zurückgeschlagen. In der Nacht zum 18. Mai griff der Feind im Abschnitt von Monfalcone an; er wurde aber zurückgeschlagen.

Sonnabend: Im Ortler-Gebiet kleine für uns günstige Gefechte. Zwischen der Etsch und dem Terragnolo-Tal wiesen wir in Richtung auf Marco und entlang der Eisenbahnlinie geführte Angriffe ab. Der Gegner nahm die heftige Artillerietätigkeit gegen unsere Stellungen auf dem Nordabhang des Pasubio wieder auf. Auch dort stellten wir fest, daß der Feind Explosivgeschosse und tränenerzeugende Granaten anwendet. Im Gebiet zwischen dem Terragnolo-Tal und der oberen Astach hielten unsere Truppen den feindlichen Angriffsbewegungen fest stand. Wir wiesen einen Angriff gegen den Coston dei Lagh ab. Auf der Hochfläche von Asiago scheiterten die Angriffe, die von Milegrobe und auf den Fronten von Basson und Busaverle ausgingen, trotzdem sie gut vorbereitet waren und von sehr heftigem Artilleriefeuer unterstützt wurden, am festen Widerstand unserer Truppen. Gestern in der Morgendämmerung versuchte der Gegner eine ausgedehnte Luftstreife auf verschiedene Punkte der venetianischen Ebene zu unternehmen. Wenige Opfer sind zu beklagen und fast gar kein Schaden wurde angerichtet.

Der Seekrieg.

Versenkt.

Ein griechischer Kohlendampfer wurde am 18. Mai von einem österreichisch-ungarischen U-Boot versenkt. Der Kommandant ließ den Dampfer halten und schickte einen Mann an Bord, der das Schiff in die Luft sprengte, nachdem die Bemannung in die Boote gegangen war. 27 Mann wurden von einem Torpedoboot aufgenommen und nach Toulon gebracht.

*

Unter falscher Flagge gegen [illegible].

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" vom 25. April brachte die Nachricht, daß der holländische Dampfer „Soerekarta" auf der Fahrt zwischen Irland und den Shetlandsinseln Augenzeuge der Vernichtung eines deutschen U-Bootes durch einen englischen Fischdampfer gewesen ist.

Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wurde der holländische Dampfer „Soerekarta" am 15. April westlich von Irland von einem deutschen U-Boot durch Flaggensignal angehalten. In seiner Nähe befand sich ein anderer Dampfer unter schwedischer Flagge, der von dem U-Boot durch ein gleiches Signal und als daraufhin nichts erfolgte, durch einen Schuß vor den Bug zum Stoppen gebracht werden sollte. In dem Augenblick des Schusses eröffnete der unter schwedischer Flagge fahrende Dampfer aus einem beim Schornstein aufgestellten Geschütz Schnellfeuer auf das deutsche U-Boot. Obwohl dieses sich durch sofortiges Tauchen zu schützen suchte, wurde es doch durch einen Streifschuß getroffen. Die hierdurch verursachte Beschädigung war indessen jedoch nur gering, so daß die Manövrierfähigkeit des U-Bootes in keiner Weise beeinträchtigt und das Boot sein Unternehmung fortsetzen konnte. Der Dampfer hat, auch während er feuerte, die schwedische Flagge weitergeführt, solange dies vom U-Boot aus beobachtet werden konnte, nicht niedergeholt. Von dem untergetauchten Boot wurden nach einiger Zeit zwei starke Explosionen gehört, als deren Ursache Bomben angenommen werden mußten, welche mutmaßlich von dem Dampfer unter schwedischer Flagge an der Tauchstelle des U-Bootes abgeworfen worden waren. Dasselbe Unterseeboot hatte vier Tage darauf am Westeingange zum englischen Kanal ein zweites, dem Vorstehenden sehr ähnliches Erlebnis. In dem zweiten Falle handelte es sich um einen etwa dreitausend Tonnen großen Dampfer ohne Flagge und Abzeichen, gegen den nach vergeblichem Signal, zu stoppen, zunächst gleichfalls ohne Erfolg vom Unterseeboot Warnungsschüsse abgegeben wurden. Auf eine Entfernung von 4000 Meter begann der Dampfer indessen die Rettungsboote, offenbar aus List, herabzulassen, um dann gleich darauf die englische Handelsflagge zu setzen, und dann aus einem Heckgeschütz das Feuer auf das Unterseeboot zu eröffnen. Auch in diesem Falle gelang es dem Unterseeboot, sich durch schnelles Tauchen vor dem feindlichen Feuer zu schützen. Das Unterseeboot ist wohlbehalten in die Heimat zurückgekehrt.

Der Balkankrieg.

Die Herrschaft der Entente in Griechenland.

Die französischen Militärbehörden verlangten von dem Kommandeur eines griechischen Regiemnts, welches den Abschnitt Paroia besetzt hält, dessen sofortige Räumung. Der griechische Offizier weigerte sich jedoch, da er von seinen Vorgesetzten keinen entsprechenden Befehl erhielt. Neuere Nachrichten behaupten, daß die Franzosen auf ihrer Forderung bestehen würden, da sie den Abschnitt Paroia zur Ausdehnung ihrer Front nötig hätten.

Reuter erfährt, daß die Streitfrage zwischen den Alliierten und der griechischen Regierung wegen des Transportes der serbischen Armee befriedigend erledigt wurde. Die Serben werden auf dem Seewege transportiert.

Zwei Griechen als Spione erschossen.

Aus Athen wird berichtet: Französische Truppen erschienen überraschend im Orte Jenitza, verhafteten zwei Griechen und führten sie ins Hauptquartier der Entente-Truppen. Dort wurden sie unter der Anklage der Spionage zugunsten der Deutschen und Bulgaren zum Tode verurteilt und durch eine französische Abteilung nach Jenitza zurückgebracht, wo sie vor der Stadt erschossen wurden. Auf den Protest der griechischen Behörde erklärte der französische Divisionär, es würden Spione ohne Rücksicht auf ihre Nationalität auch künftig in gleicher Weise abgeurteilt werden.

Die Kämpfe im Orient.

Die türkische Heeresleitung

berichtet unterm 21. Mai: Von keiner Front ist Wichtiges zu melden. Zwei feindliche Flieger überflogen Seddil Bahr, wurden aber durch unser Artilleriefeuer noch der Richtung nach Imbros hin vertrieben. Am 18. Mai beschossen drei feindliche Kriegsschiffe zwei Stunden lang El Arisch. Gleichzeitig erschienen dort sechs feindliche Flieger und warfen hundert Bomben ab. Eine Person wurde getötet, fünf leicht verletzt.

•

Zur Beschießung von El Arisch

wird amtlich aus London gemeldet: Am Morgen des 18. Mai bombardierten britische Kriegsschiffe, Flugzeuge und Wasserflugzeuge El Arisch, einen wichtigen Posten der Verbindungslinie zwischen Syrien und Aegypten. Die Kriegsschiffe beschossen das Fort südöstlich der Stadt; man glaubt, daß es in einen Trümmerhaufen verwandelt ist. Der Luftangriff zerfiel in zwei Abschnitte; die Wasserflugzeuge eröffneten das Bombardement, später folgten Flugzeuge, die den Auftrag hatten, die feindlichen Maschinen in die Gefechte zu verwickeln und dem Lagerplatz der feindlichen Truppen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Eine 1000 Mann starke Truppenkolonne wurde südlich der Stadt auf den Marsch gesandt. Drei Bomben explodierten zwischen den Truppen. Auch die Lagerplätze wurden erfolgreich mit Bomben belegt. Alle Schiffe und Flugzeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt. — General Byran Mahon übernahm das Kommando der Truppen an der ägyptischen Westgrenze. General Milner erhielt das Kommando in Saloniki.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Beschäftigung deutscher Gefangenen.

Der „Rotterdamsche Courant" meldet aus London: In Beantwortung einer Anfrage erklärte Lord Newton im Oberhause, daß zwischen 2000 und 3000 deutsche Gefangene unter englischer Aufsicht verwendet werden, der Stauung von Waren in den französischen Häfen abzuhelfen. Die Kriegsgefangenen werden auch benutzt, in Schottland Holzarbeiten zu verrichten. Bürgerliche Internierte werden nur dann zu Arbeiten verwendet, wenn sie selbst damit einverstanden sind. Ein Teil von ihnen werde in Steinbrüchen, zur Anlegung von Wegen, auf den Farmen zum Torfstechen und zur Herstellung von Bürsten und Postsäcken verwendet. Es würde sowohl von den Gewerkschaften als auch von den Arbeitgebern der Einstellung von Gefangenen Schwierigkeiten in den Weg gelegt.

•

Beschlagnahmte Kaffeeladungen.

Dem Kopenhagener „Ekstrabladet" zufolge zwangen die Engländer die drei dänischen Dampfer „Moskow", „Holmblad" und „Pennsylvania", in Newcastle ihre gesamte Kaffeeladung zu löschen. Die beiden erstgenannten Dampfer werden seit längerer Zeit in Newcastle zurückgehalten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die neuen Männer.

Wie bestimmt verlautet, ist die Ernennung des Schatzsekretärs Professors Dr. Helfferich zum Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers bereits erfolgt. Als seinen Nachfolger im Reichsschatzamt bezeichnet die „Germania" den derzeitigen Unterstaatssekreär für Elsaß-Lothringen, Graf von Rödern.

An die Spitze der in ihren Grundzügen nunmehr fertiggestellten Organisation für Volksernährung soll der Oberpräsident v. Batocki in Königsberg treten, als dessen Stellvertreter der Unterstaatssekretär v. Falkenhausen genannt wird. Die militärische Leitung soll dem Generalmajor Gröner übertragen werden, der mit großer Energie den Verkehr in den Kriegsgebieten geregelt hat.

In der Kaligesetzkommission des Reichstags

beantragte Abg. Gothein im Namen der eingesetzten Unterkommission für die Dauer des Gesetzes eine Verlängerung der Frist über den 31. März 1917 hinaus, bis zum 30. Juni 1917. Dem Antrage stimmt die Kommission einstimmig zu. Dann wurde die Festsetzung der Preise beraten. Ein Antrag der Unterkommission geht über die Preise der Regierungsvorlage bei den besseren Salzarten hinaus. Der Antrag der Unterkommission wurde einstimmig angenommen. Zur Lohnfrage haben die Sozialdemokraten mehrere Anträge gestellt, u. a., daß im § 13, welcher bestimmt, daß infolge Lohnherabsetzungen die Werke mit einer Beschränkung der Beteiligungsziffer bestraft werden können, die Jahreszahlen 1907/09 durch die Jahreszahl 1913 ersetzt werden sollen. Diese Anträge wurden abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Schiffer-Borken, nach welchem die Jahresziffer 1912/13 eingestellt wurde. Die Sozialdemokraten beantragten dann weiter zu § 13 einen neuen Absatz, der den Arbeitern bestimmte Teuerungszulagen sichern sollte. Der Antrag wurde bekämpft und gegen die sechs Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein Antrag mit der Wirkung, daß bereits gewährte Teuerungszulagen zur Anrechnung kommen können, den im Kalenderjahr 1912/13 gezahlten Schichtlöhnen aber 80 Pfg. hinzuzuzahlen sind. Einstimmig angenommen wurde dann noch der Antrag der Sozialdemokraten, im Gesetz zu sagen: „Die Verträge dürfen nicht dazu führen, die nach § 13 sich ergebenden Löhne herabzudrücken oder die Schutzbestimmungen dieses Paragraphen zu umgehen."

Damit haben die Beratungen abgebrochen.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen

wird seine diesjährige große Tagung am 3. und 4. Juni im Kristallpalast zu Leipzig abhalten. Dazu werden die ihm angeschlossenen Berufsorganisationen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Frauen, Konsumvereine und sonstigen Wohlfahrtseinrichtungen, ferner die im ganzen Reiche bestehenden Bezirks- und Ortsausschüsse für Konsumenteninteressen Vertreter entsenden. Als Redner über das Hauptthema: „Die Ernährungs-Aussichten für das dritte Kriegswirtschaftsjahr" ist Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Rubner gewonnen worden. Ueber „Konsumenteninteressen und Preisprüfungsstellen" wird der Vorsitzende des Kriegsausschusses, Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt sprechen. Am Vorabend hält Reichstagsabgeordneter Dr. Wendorff-Toitz in einer großen Versammlung des Leipziger Bezirksausschusses einen Vortrag über das Thema: „Die Landwirtschaft und die Kriegsversorgung des deutschen Volkes".

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 22. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Oestlich von Nieuport drang eine Patrouille unserer Marine-Infanterie in die französischen Gräben ein, zerstörte die Verteidigungsanlagen des Gegners und brachte 1 Offizier und 32 Mann Gefangene zurück.

Südwestlich von Givenchy-en-Gohelle wurden mehrere Linien der englischen Stellung in etwa 2 Kilometer Breite genommen und nächtliche Gegenstöße abgewiesen. An Gefangenen wurden 8 Offizieer und 220 Mann, an Beute vier Maschinengewehre und drei Minenwerfer eingebracht. Der Gegner erlitt ganz außerordentlich blutige Verluste.

In Gegend von Berry-au-Bac blieb in den frühen Morgenstunden ein französischer Gegenangriff ergebnislos.

Links der Maas stürmten unsere Truppen die französischen Stellungen auf den östlichen Ausläufern der Höhe 304 und hielten sie gegen wiederholte feindliche Angriffe. Neben seinen großen blutigen Verlusten büßte der Gegner an Gefangenen 9 Offiziere und 518 Mann ein und ließ 5 Maschinengewehre in unserer Hand.

Die Beute bei unserem Angriff am Südhang des „Toten Mannes" hat sich auf 13 Geschütze und 21 Maschinengewehre erhöht. Auch hier und auf Richtung Chattoncourt hatten Versuche des Feindes, den verlorenen Boden zurückzugewinnen, keinen Erfolg.

Rechts der Maas griffen die Franzosen mehrfach vergebens unsere Linie in der Gegend des Steinbruchs (südlich des Gehöftes Haudromont) und auf der Vauxkuppe an. Beim dritten Ansturm gelang es ihnen, im Steinbruch Fuß zu fassen.

Die Nacht hindurch war die beiderseitige Artillerietätigkeit im ganzen Kampfabschnitt außerordentlich heftig.

Unser Fliegergeschwader wiederholte gestern nachmittag mit beobachtetem großen Erfolg seinen Angriff auf die Etappenstraßen und Dünkirchen. Ein feindlicher Doppeldecker stürzte nach Kampf ins Meer. Weitere 4 Flugzeuge wurden im Luftkampf außerhalb unserer Linie außer Gefecht gesetzt und zwar in Gegend von Verwicq, bei Noyon und bei Maucourt (östlich der Maas) und nordöstlich von Chateau-Salin. Letzteres durch Leutnant Vintgens, als sein viertes.

Außerdem schoß Oberleutnant Böhlke südlich von Avocourt und südlich des „Toten Mannes" den 17. und 18. Gegner ab. Der hervorragende Fliegeroffizier ist in Anerkennung seiner Leistungen von S. M. dem Kaiser zum Hauptmann befördert worden.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Zuckervergeudung und kein Ende!

Vor drei Wochen war aus Verbraucherkreisen mit Nachdruck gegen die Verwendung von Zucker zur Herstellung des Haustrunks aus „Trestern" Stellung genommen worden, wie sie in Elsaß-Lothringen ganz ohne Rücksicht auf die heute obwaltende bedenkliche Zuckerknappheit in Uebung ist. Es gehen dort auf diese Weise im Jahre nicht weniger als 25 000 Tonnen Zucker verloren. Seitdem hat man aber von keinerlei Maßnahmen gehört, die auf zweckmäßigeren Verbrauch des Tresterzuckers zielen, dafür aber von einer neuen Gefährdung zuckerhaltiger industrieller Rückstände, der Melasse. 500000 Zentner sind für die Schnapsgewinnung freigegeben worden, sehr zum Schaden der zukunftsreichsten Entdeckung der Nahrungsmittelchemie, der Bereitung von Nährhefe. Wurde doch kürzlich berichtet, daß die Stadt Saarbrücken ihre Hefefabrik außer Betrieb setzen muß, da ihr von den Reichsstellen die jetzt zu Futterzwecken verwendete Melasse nicht geliefert wird. Die Zuckerknappheit hat ohnehin zu schweren Besorgnissen bezüglich der Durchführung der Nährhefeproduktion Veranlassung gegeben, nun sollen ihr größere Mengen eines höchst brauchbaren Rohmaterials entzogen werden, das nicht allein durch seinen Reichtum an löslichen Kohlehydraten, sondern sicher auch durch seinen Gehalt an stickstoffhaltigen Salzen zur Herstellung des Hefenährbodens vorzüglich geeignet sein dürfte. Zu einem in jetziger Zeit höchst unzweckmäßigen Verbrauch des Melassezuckers tritt bei der Melasseverwendung als Rohmaterial der Alkoholproduktion noch die Vernachlässigung von Ammoniaksalzen und Nitraten, deren Mangel die Herstellung von Nährhefe von Anbeginn erschwert hat. Der Gehalt an Zucker und stickstoffhaltigen Salzen macht die Melasse in erster Linie als Grundlage zur Produktion des gerade in den vor uns liegenden Monaten so wertvollen Fleischersatzstoffes der Nährhefe geeignet. Alle anderen Verbrauchsmöglichkeiten dieses Materials haben demgegenüber zurzeit aus volkswirtschaftlichen Gründen zurückzutreten. Wie die kürzlich vielfach erörterten 500 000 Zentner Brotgetreide, so müssen jetzt auch die 500 000 Zentner Melasse vor der Verbrennung gerettet werden!

Luxemburg.

Ein Ministerium unter Anklage. Die luxemburgische Kammer setzte am Sonnabend einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein zu dem Zweck, das verflossene Ministerium Loutsch in den Anklagezustand zu versetzen. Die Rechte erhob, nach einer Mitteilung der „Köln. Ztg.", Einspruch und enthielt sich mit 25 gegen die 27 Stimmen der Linken der Abstimmung. In dem gewählten Ausschuß sitzen 4 Mitglieder der Linken und eins der Rechten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 22. Mai.

Vom Wuchern und Hamstern. In der Berliner Presse finden wir folgende Aufstellung: Eine Berliner Firma bietet in einer großen Zeitung gewaltige Mengen von Nahrungsmitteln unter der Ueberschrift „Sofort greifbar abzugeben" an. Es handelt sich hierbei um

100 000	Dosen Rindfleisch a 2 Kilo	=	200 000 Kilo
4 000	Pfund Rindsgulasch	=	2 000 „
1 000	Dosen Rindfleisch a 6 Pfund	=	3 000 „
12 500	Dosen Rindfleisch a 1 Pfund	=	6 250 „
25 000	Dosen Rindfleisch a ½ Pfund	=	12 500 „
10 000	Dosen gekochter Schinken a 5–6 Pfund (durchschnittlich 5,5 Pfund)	=	2 750 „
8 000	Dosen dänische Leberpastete a 1 Pfund	=	4 000 „
200—400	Zentner Gerstengrütze	=	15 000 „
200	Zentner Julienne	=	10 000 „
2	Waggons dänische Julienne in 50-Kilo-Säcken (es werden nur 50 Sack angenommen)	=	2 500 „
50	Zentner Schokoladenpulver	=	2 500 „
50	Zentner Suppenpulver	=	2 500 „
70—100	Ztr. Erbsenmehl (durchschn. 85 Ztr.)	=	4 250 „
	in Summa		267 250 Kilo.

Also rund 534 500 Pfund Nahrungsstoffe oder abzüglich der Dosen-Verpackung rund eine halbe Million Pfund.

Noch treffender beleuchtet wird der Inseratinhalt, wenn man die Barbeträge berechnet, die gefordert werden. Sie stellen sich wie folgt:

100 000	Dosen Rindfleisch	a	14,60 Mk.	=	1 460 000 Mk.
4 000	Pfund Rindfleisch	a	2,95 „	=	11 800 „
1 000	Dosen Rindfleisch	a	19,65 „	=	19 650 „
12 500	Dosen Rindfleisch	a	3,90 „	=	48 750 „
25 000	Dosen Rindfleisch	a	3,70 „	=	92 500 „
10 000	Dosen Schinken	a	4,60 „	=	46 000 „
8 000	Dosen Leberpastete	a	2,77 „	=	20 400 „
300	Zentner Erbsengrütze	a	120 „	=	36 000 „
200	Zentner Julienne	a	183 „	=	36 600 „
2	Waggons dän. Julienne	a	188,40 „	=	9 415 „
50	Zentner Schokoladenpulver	a	300 „	=	15 000 „
50	Zentner Suppenpulver	a	193 „	=	9 650 „
85	Zentner Erbsenmehl	a	133 „	=	11 305 „
	in Summa				1 817 070 Mk.

Also rund 500 000 Pfund Lebensmittel im Werte von 1 817 070 Mark.

Daß in der Anzeige gleichzeitig auch noch große Posten von Kerzen angeboten werden, die ebenfalls besonders knapp und teuer sind, stellt die Vielseitigkeit der Firma in ein besonderes Licht.

Einige andere Beispiele finden wir in den Anzeigespalten Berlins, Kölns, Frankfurts:

Freibleibend: 80 000 Kilo Rindfleisch in eignem Saft, 25 000 Pfund feinste Fleischwurst.

Offeriere freibleibend: sieben Waggons Corned beef, 50 000 Kilogramm Plockwurst.

500 Zentner gesalzenes Rindfleisch, 3000 Dosen Corned beef.

Sofort abzugeben: 20 000 Pfund Mettwurst, 20 000 Pfund Schmalzersatz, 100 Fässer Rindfleisch.

Wiederholte Lieferungen bis zu 50 000 Kilo gefrorenes Rindfleisch.

Aus Leipzig wird berichtet:

In Kamenz in Sachsen waren vor kurzem für 100 Stück junge Gänse 1200 Mark gefordert und auch bezahlt worden. Wie nun eine amtliche Bekanntmachung besagt, ist für die Stadt und für die Amtshauptmannschaft Kamenz für junge Gänse ein Markthöchstpreis von 3 Mark für das Stück behördlich festgesetzt worden.

Noch unglaublicher klingt folgende Meldung, die leider buchstäblich wahr ist:

Der der Stadt Hagen in Westfalen zur Versorgung zugewiesene Kreis Kempen hat die für die Stadt bestimmten 60 000 Zentner Kartoffeln als Saatkartoffeln verkauft. Gewinn für die Landwirte 120 000 Mark extra und in Hagen infolgedessen Kartoffelnot. Eine Beschwerde beim Landrat hat nichts genützt. Aehnlich ist es der Stadt Duisburg gegangen.

Diese Beispiele lassen erkennen, wie der „freie Handel" dem Volke hilft. Sein wüstes Spiel ist heute noch möglich, im 22. Kriegsmonat, trotzdem man seit vielen Monaten eine geregelte Nahrungsmittelverteilung als eine der allerersten Kriegsnotwendigkeiten ansieht.

Welche mühevolle Arbeit sich das Spekulantentum machen muß, um seine unglaublich hohen Gewinne einzustreichen, das schildert das „Hamburger Fremdenblatt" in folgenden Sätzen: „Die diese Bestände ausbieten, gehören größtenteils zu den Schädlingen unserer so bedrängten Kriegsvolkswirtschaft. Es sind entweder die Wucherer selbst, die seinerzeit die Waren heimtückisch aus dem Verkehr gezogen haben, um sie jetzt nur mit Millionengewinnen herauszugeben, oder es sind Glieder in der Kette des wilden Zwischenhandels, die sonst vielfach ihre Waren auch dadurch an den Mann bringen, daß sie in den Cafés sitzen und die ihnen telephonisch „angestellten" Lebensmittel ebenso telephonisch und mit einem beliebigen, nur in ihrer Frechheit begründeten Gewinnaufschlag weiter verschärfen. Daher kommen dann die Phantasiepreise aller Nahrungsmittel, unter denen die Bevölkerung seufzt."

Gegen Faulenzerei, Schlemmerei und Modewahn. Vor einiger Zeit machte eine Notiz die Runde durch die Presse, daß der Münchener Polizeidirektor seine Schutzleute angewiesen habe, Damen mit ärgernisserregender Kleidung von der Straße zu weisen. Diese Aufsehen erregende Verfügung hat dem Polizeidirektor scharfe Angriffe eingetragen, offenbar deshalb, weil man annahm, es handle sich nur um eine Laune, die neue „Damen"-mode zu bekämpfen. Jetzt hat der Polizeidirektor Veranlassung genommen, seine Auffassung in einem Vortrage der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, wodurch diese Maßnahme in einem anderen Lichte erscheint, weil es sich nicht nur um eine Bekämpfung der Modenarrheit, sondern noch um andere soziale Uebel mit handelt. Wobei freilich zu bemerken ist, daß Modeblödsinn nicht mit Polizeimitteln, sondern mit Erziehungsmitteln zu vernünftigem Geschmack zu bekämpfen ist. Nach der Täglichen Rundschau hat er u. a. ausgeführt:

Man darbt gern für Freunde der Einfachheit und Mäßigkeit, man stirbt gern für deutsche Schlichtheit und deutschen Idealismus. Aber für Wucherer und Genußjäger, für selbstsüchtige, oberflächliche Lebemänner und Hamster, für eitle, kokette Frauen Opfer zu bringen, fällt schwer, weil sie des Opfers nicht würdig sind.

Ich stelle folgendes gegenüber: Musikveranstaltungen am Nachmittag in den Kaffeehäusern, wo aufgeputzte Frauen, Mädchen und Kinder, gepaart mit leichtsinnigen Lebemännern, um teuren Preis in Ueppigkeit schwelgen. Auf der anderen Seite die 4000 bis 5000 Kriegerfrauen und Kleingewerbetreibenden, die sich an jedem Markttage in den frühen Morgenstunden, schon von 1 Uhr an, am Viktualienmarkt ansammeln, um am nächsten Morgen in der Freibank ein Stückchen Fleisch um einen Preis zu erhalten, den sie erschwingen können. Geduldig und ohne Murren harren sie sechs bis acht Stunden, bei jeder Witterung, in dürftiger Kleidung, bis die Reihe an sie kommt! Und wenn, wie dies fast regelmäßig der Fall ist, für 300, 400 oder 500 nichts übrig bleibt, so fügen sie sich ruhig in ihr Schicksal. Diese Armen und Aermsten üben Selbstzucht und Zurückhaltung.

Ich verweise auf das Wohlleben vieler reicher Familien, für die der Krieg nicht zu existieren scheint. Sie halten ihre Gastereien wie im Frieden, und gewinnsüchtige Geschäftsleute ermöglichen diese Schlemmereien durch heimliches Zusenden der nötigen Leckerbissen.

Erwähnen möchte ich ferner einige Lebemänner, die es verstanden haben, ihre Unabkömmlichkeit nachzuweisen, und dann

neben ihrem Wohlleben ausschließlich dem Jagdsport und sonstigen Vergnügungen huldigten. Das liebe Ich war ihre einzige Sorge. Es ist gelungen, sie in den Schützengraben zu versetzen.

Ich erinnere an die Wucherer, für die Vaterlandsliebe und deutsches Pflichtgefühl aufhören, wenn ihr Geldbeutel in Frage kommt. Eine wirtschaftliche Vereinigung Münchens hat erst kürzlich geschrieben: „Die Preisangebote, die sogenannte große Handelsgesellschaften und Großfirmen stellen, übertreffen mitunter den schamlosesten Wucher, den man sich denken kann. Es werden knappe Artikel zu furchtbaren Preisen angeboten."

Diesem gefährlichen Treiben muß gesteuert werden. Einzelne Firmen haben riesige Mengen von Lebensmitteln in der Hand und erzielen ganz ungeheure Gewinne. Hierunter fallen insbesondere auch die gewissenlosen Verfertiger völlig wertloser Ersatzstoffe für Lebensmittel, die sie in schwindelhafter Reklame zu abenteuerlichen Preisen anbieten. Es dürfte bekannt sein, daß in letzter Zeit große Mengen von Gemüse, Wagenladungen von Kraut aus Holland, Hunderte von Zentnern von Rüben, die einzelne Händler in ihren Kellern zurückgehalten hatten, um aus der Preissteigerung der Gegenwart Nutzen zu ziehen, polizeilich beseitigt werden mußten, weil sie verfault und ungenießbar geworden waren.

Was in den derzeitigen Frühlingstagen in den Nachmittagsstunden an Modeweibern — die Bezeichnung „Deutsche Frau" ist für diese Gattung zu gut und ehrend — herumläuft, kann an Frechheit und Aergernis kaum mehr überboten werden. Es ist waschechtestes weibliches Apachentum, das sich da aufdringlich und ungestraft in deutschen Städten breitmachen darf. Schwappelnde, stoffverschwendende, plumpe Röcke, darunter hohe, stelzenähnliche Schaftstiefel, wagerecht an den Hüften hinausstehende Jackenschöße, tiefen Ausschnitt, einen unverschämten „Sechser" in das Gesicht hereingeklatscht, einen mächtigen, nach hinten austragenden, meistens symbolisch-strohgelben Haarschopf und darauf ein windschief gestecktes Hütlein, das früher im Fasching zur Darstellung eines echten, verwegenen Münchener Steinträgers „Kare", „Lucki" usw. unerläßlich war — so sieht die deutsche Mode des zweiten Kriegsjahres aus.

Die sittliche Entrüstung des Herrn Polizeipräsidenten in allen Ehren — aber was wird er damit erreichen. Wenn er die Modedämchen, Lebemänner, Wucherer hernähme und sie als Straßenkehrer anstellte, oder zu anderer nützlicher Arbeit anhielte, dann würde er die Erfahrung machen, die ihn auf den Gedanken brächten, daß dies nicht nur nicht so einfach ist, sondern daß er gegen die Grundlagen der Gesellschaft ankämpfte. Wenn Schlemmerei, Faulenzerei, Wucherei mit moralischen Entrüstungsreden zu beseitigen wären, dann gäb's überhaupt die Uebel nicht; womit natürlich nicht gesagt sein soll, sie seien nicht zum Entrüsten.

Ueber die Versenkung der „Kolga" wird noch berichtet: Die überlebende Mannschaft des von einem feindlichen U-Boot torpedierten Dampfers „Kolga" der Hornschen Dampfschiffs-Reederei ist hier eingetroffen. Aus den Erzählungen der Leute geht hervor, daß das U-Boot, das in einer Entfernung von etwa 400 Metern auftauchte, vorher von der Mannschaft nicht bemerkt worden war. Die erste Granate scheint die „Kolga" nicht getroffen zu haben. Der Dampfer stoppte sofort. Trotzdem folgte eine Minute später die zweite Granate, die einen Teil der Kommandobrücke fortriß. Die Leute stürzten halb angekleidet in die Boote, während der Kapitän schnell in die Kajüte eilte, um die Schiffspapiere zu retten. Das U-Boot schoß noch zweimal scharf, und bei der nahen Entfernung traf natürlich jede Granate. Durch Splitter wurde ein Mann verletzt. Unmittelbar nach der letzten Granate folgte der Torpedo, obgleich die Besatzung des U-Bootes deutlich sehen mußte, daß die Mannschaft im Begriff war, in die Boote zu gehen. Der Torpedo riß ein riesiges Loch, sodaß der Dampfer sich sofort umlegte und mit der Reeling in das Wasser tauchte. Es gelang nur einem Teil der Besatzung, in die Boote zu kommen. Der Kapitän, die beiden Steuerleute, der Koch und zwei Matrosen wurden von dem schnell kenternden Dampfer mit in die Tiefe gerissen. Das U-Boot ist also bei dem Angriff mit brutalster Rücksichtslosigkeit verfahren. Nicht nur, daß trotz des Anhaltens des Dampfers sofort das Feuer eröffnet wurde, obgleich die Mannschaft sich an Deck befand, um in die Boote zu gehen, es wurde auch noch, bevor dies geschehen konnte, der Torpedo lanciert. So kamen von 19 Mann der Besatzung 6 um.

Ernteflächen-Erhebung. Nach einer Bundesratsverordnung vom 18. Mai wird in der Zeit vom 1. bis 20. Juni d. J. eine Feststellung der Bewirtschaftung der gesamten Acker- und Weideflächen im Reiche erfolgen. Die Ausführung der Erhebung liegt den Gemeindebehörden oder den zu diesem Zwecke ernannten Sachverständigen oder Vertrauensleuten ob. Die zuständige Behörde oder die von ihr beauftragten Personen sind befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben über die Ernteflächen die Grundstücke der zur Abgabe Verpflichteten zu betreten und Messungen vorzunehmen, auch hinsichtlich der Größe der landwirtschaftlichen Güter oder einzelner Grundstücke Auskunft von den Gerichts- oder Steuerbehörden einzuholen.

10 000 Mark unterschlagen. Nach Unterschlagung von 10 000 Mark ist der 36 Jahre alte aus Lübeck gebürtige Hausdiener Alwin Hiller, der zuletzt in der Geisbergstraße in Schöneberg bei Berlin wohnte, flüchtig geworden. Hiller, der eine bewegte Vergangenheit hinter sich hat, gelang es, in Berlin wieder eine Hausdienerstellung zu bekommen. Als sein Arbeitgeber ihn mit einem Scheck über 10 000 Mark nach der Bank schickte, erhob er das Geld, kehrte aber nicht wieder in das Geschäft zurück. Auch in seiner Wohnung ließ er sich nicht wieder sehen.

Gemüseverwertungskurse. Auf Anregung des Hausfrauenvereins und der Kriegshilfe beabsichtigt die Oberschulbehörde, in der zweiten Haushaltungsschule, Ziegelstraße 4, unentgeltliche Gemüseverwertungskurse von einstündiger Dauer einzurichten. Besondere Berücksichtigung findet das Einmachen von Rhabarber und Stachelbeeren ohne Zucker. Erster Kursus: Freitag, den 26. Mai, abends 6 Uhr, 7 Uhr und 8 Uhr. — Zweiter und dritter Kursus am 2. und 9. Juni, abends 6 Uhr, 7 Uhr und 8 Uhr pünktlich. Zutritt haben alle Hausfrauen und erwachsene junge Mädchen, die sich an den Kursen zu beteiligen wünschen. Anmeldungen nicht erforderlich.

Die Petroleumberatungsstelle teilt mit, daß noch ein kleines Quantum Petroleum nach der Verteilung übrig geblieben ist. Dieser Rest soll an Heimarbeiter und Gewerbetreibende abgegeben werden, die des Petroleums besonders bedürftig sind. — Zu melden in der Zentrale für private Fürsorge, Königstr. 13, zwischen 10 und 12 Uhr.

pb. **Betrügerinnen.** Ermittelt und festgenommen wurde eine Arbeiterin aus Hamburg und eine Arbeiterin aus Stockelsdorf wegen Betruges. Erstere hatte einige hiesige Geschäftsinhaber dadurch geschädigt, indem sie sich Waren auf den Namen der früheren Herrschaft ihrer Komplizin erschwindelte. Bei dem Versuche, sich auf diese Weise auch Stiefel zu erschwindeln, wurde sie abgeführt.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Von dem Hausflur des Soldatenheims in der Mengstraße wurde am Sonnabend abend gegen 9½ Uhr ein ziemlich abgenutztes Fahrrad ohne Marke und ohne Erkennungsnummern gestohlen.

Hamburg. Entscheidungen des Hamburger Prisengerichts. Das Prisengericht hat die Zerstörung des am 2. Juni 1915 torpedierten norwegischen Dampfers „Cubano", der früher in englischem Besitz unter dem Namen „Strathmore" fuhr, als zu Recht bestehend anerkannt. Die Reederei forderte 1 800 000 Kronen Schadenersatz. An Bord befanden sich 4000 Tonnen Waren, von denen mehr als die Hälfte als Bannware angesehen worden ist. Die Versenkung wurde vorgenommen, weil die Schiffspapiere nicht in Ordnung waren. Ebenso verfuhr das Gericht mit dem versenkten dänischen Dreimastschoner „Ellen Benzon", der mit Holz für England auf der Reise war. Dasselbe Urteil wurde gefällt über den im Indischen Ozean torpedierten englischen Dampfer „Clan Grant", der 6000 Tonnen Stückgut für Ceylon an Bord hatte, und über den von Kalkutta nach England bestimmten englischen Dampfer „Diplomat". Billigung der Einziehung fand die Beschlagnahme der beim Einzug in Antwerpen auf der Schelde vorgefundenen belgischen Dampfjacht „Prinswerde". Das gleichfalls in Antwerpen festgenommene Schulschiff „Comte de Smet de Nayer" ist freigegeben worden, weil es ausschließlich wissenschaftlichen und Unterrichtszwecken diente.

Süderbrarup. Eine fette Gegend. Kürzlich fand in dem schleswig-holsteinischen Marktflecken Süderbrarup und seiner Umgegend eine Bestandsaufnahme der Dauerwaren statt. Es wurden dabei 91 030 Pfund festgestellt. Dabei kommen hier insgesamt nur 6436 Personen in Frage. Da die Angaben von den Besitzern der Dauerwaren selbst kommen, dürften die Angaben nicht zu hoch sein. Auch hier gibt es Arbeit für die neue Lebensmittelorganisation.

Kiel. Unzureichende Teuerungszulagen. Die Arbeiter der Kaiserlichen Werft in Kiel haben sich in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung mit den Teuerungszulagen, dem Akkordsystem und den Stundenlöhnen beschäftigt. Das Resultat der Versammlung war die Annahme einer Resolution, in der die vom Reichsmarineamt gewährte Teuerungszulage als auch nicht annähernd genügend bezeichnet wird, eine ausreichende Ernährung der Werftarbeiter zu gewährleisten. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß das Reichsmarineamt den Arbeitern weiter entgegenkommt, besonders die Stundenlöhne erhöht und die Akkordsätze aufbessert. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, in diesem Sinne mit dem Oberwerftdirektor zu verhandeln.

Rostock. Der Segen der Organisation. Durch die Vermittlung der Rostocker Geschäftsleitung des Transportarbeiter-Verbandes wurde den diesem Verbande angeschlossenen Kohlenarbeitern Rostocks vom 1. Mai ab eine weitere Mark als Teuerungszulage gewährt. Die für diese Gruppe gewährte Zulage beträgt nunmehr 5 Mk. pro Woche. Für andere Gruppen mag diese Aufbesserung eine ernste Mahnung sein, auch ihrerseits eine Verbesserung der durch den andauernden Krieg hart bedrängten Lebensweise anzustreben durch die Organisation.

Neueste Nachrichten.

Athen, 21. Mai. Die Verbündeten bemühen sich, weitere „Segnungen" über die geplagten Bewohner Mazedoniens zu bringen. Jetzt haben sie den Wardar-Fluß an einem Punkte nahe Topsin abgeleitet und die ganze Gegend westlich des Wardar bis zum See von Janitza und Kara Asmak unter Wasser gesetzt, offenbar um einem Flankenangriff der Deutschen und Bulgaren vorzubauen. Durch diese künstliche Ueberschwemmung sind die Dörfer Realmagara, Kirtzalar, Kaili, Janitzidis, Kulakia und Z[illegible] das völlig zerstört. Ihre Bewohner müssen flüchten und vermehren das Flüchtlingselend, mit dem die griechische Regierung andauernd zu kämpfen hat, während die Entente für die von ihr angerichteten Schäden gegenwärtig nicht die geringste Entschädigung leistet, sondern Griechenland auf die Zeit nach dem Kriege vertröstet. Die durch die Ueberschwemmungen verursachten Schäden werden nach oberflächlicher Schätzung auf mindestens 5 Millionen bewertet.

Verlustlisten.

Erschienen sind:
Preußische Verlustliste Nr. 535.
Bayerische Verlustliste Nr. 268.
Sächsische Verlustliste Nr. 284.
Württembergische Verlustliste Nr. 387.

Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Preise der Kartoffeln.

Der Ausschuß für Kriegshilfe gibt hierdurch bekannt, daß die Preise für Kartoffeln für Verbraucher wie folgt festgesetzt sind:

ab Wollmagazin .... für das Pfd. 6 Pfg.
ab Verkaufsstelle der Händler
bei Mengen bis zu 100 Pfund .... für das Pfd. 7 Pfg.
bei Mengen von 1 Zentner und darüber für den Ztr. 6.50 Mk.

Lübeck, den 20. Mai 1916.

(2386) **Der Ausschuß für Kriegshilfe.**

Platzverkauf!

Von **Dienstag, dem 23. Mai** an verkaufen wir an Kriegerfamilien und Minderbemittelte (2392

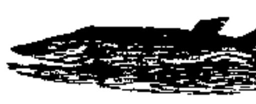
ca. 4000 Zentner

Ia. Kleinkoks

in vorzüglicher Körnung
zum Preise von Mk. 1.10 per Zentner
ab Kahn bei unserm Lager Drehbrücke.

Bernhöft & Wilde.

Dauernde Arbeit für einen
Gasrohrleger, einen Werkstatt- u. ein. Bauklempner.
W. Klüssendorf,



Markthallenstand 46. (2391

Dienstag morgen großer Posten **Ost- und Nordseefische** eintreffend:
Schellfische, Kabeljau, Rotzungen, Rochen, Barsche, Dorsche u. Goldbutt billig.
Johannes Bey.

Zu verkaufen **Bettstelle, Tisch, fliegender Holländer, Klappwagen** billig.

Rechnungs-Formulare

werden angefertigt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote"

Uhren-Reparatur-Werkstatt
Willi Westfehling
32 Holstenstraße 32

Photographien—Postkarten
Vergrößerungen nach jedem Bilde in kunst. Ausführ. zu kleinst. Preis.
Atelier Modern
39 Breite Straße 39.
Hans Hirschfeld.

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (2384
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,

Blaue Blockwagen
extra stark in allen Größen
empfiehlt (2392
C. Bliesath Ww.
Inh.: Carl Landwehr.

Feldpostbriefe
5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg.
Feldpostkarten
10 Stück 5 Pfennig
hält vorrätig
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Während und nach der gestrigen **Frühlingsfahrt der Verwundeten** mit dem Dampfer „**Phönix**" sind uns so zahlreiche Worte des Dankes aus den Kreisen der Verwundeten und der an Bord befindlichen Sanitätspersonen und Schwestern entgegengebracht worden, daß wir nicht unterlassen möchten, diesen Dank auch an alle Spender und Mitwirkenden, die zum Gelingen der Fahrt beitrugen, vor allem auch an die den Dampfer unentgeltlich stellende Direktion des Ostseebäderdienstes weiterzugeben. Nach den uns gegebenen Versicherungen wird die von herrlichem Wetter begünstigte Fahrt allen Beteiligten eine freundliche Erinnerung an die in Lübeck verlebte Zeit sein.

Wir benutzen diese Gelegenheit, um allen, welche unsere seit Kriegsbeginn fortgesetzten Bemühungen, den verwundet oder krank aus dem Felde heimkehrenden Vaterlandsverteidigern durch Einführung in die Sehenswürdigkeiten und die schöne Umgebung Lübecks eine Stunde der Belehrung und Unterhaltung zu bereiten, durch Ueberreichung von Geld und sonstigen Spenden unterstützten, herzlichst zu danken. Wir sind sicher, daß diese Bemühungen auch nach Wiedereintritt des Friedens den Ruf Lübecks als einer sehenswerten, gastfreien Stadt festigen werden.

Es sind uns bisher auf unser Ersuchen die erforderlichen Mittel in ausreichendem Maße dankenswerterweise von privater Seite zur Verfügung gestellt, doch ist eine Auffrischung dringend erforderlich. Zur Fortsetzung der guten Sache nimmt daher die Geschäftsstelle, Mengstraße 4, Beiträge gern entgegen. (Bankkonto: Bank für Handel und Gewerbe.)

Lübeck, den 20. Mai 1916. (2390)

Der Vorstand des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs e. V.
W. Dahms, stellvertr. Vors. M. Maas, Geschäftsführerin.

Nr. 119
23. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 22. Mai 1916

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten".)

Die Etatsdebatte.

Der Reichstag brachte am Sonnabend in siebenstündiger Sitzung die Generaldebatte zum Reichsamt des Innern mit Ausnahme der einer besonderen Besprechung vorbehaltenen Gebiete zum Abschluß. Bei der großen Fülle der zu Worte kommenden Redner, die zumeist ihnen besonders am Herzen liegende Einzelfragen behandelten, ergeben die Beratungen ein wenig einheitliches Bild. Immerhin hoben sich aus der Fülle des vorgebrachten sachlichen Stoffes einige heftiger umstrittene Probleme ab, die größeres Interesse beanspruchen.

Die schon in der vorhergehenden Sitzung vom Abg. Giebel zur Sprache gebrachten Sparzwangerlasse für Jugendliche wurden von fast allen Rednern berührt, aber in sehr verschiedenem Sinne. Während alle bürgerlichen Redner in diesen Anordnungen der Generalkommandos ein heilsame Maßregel erblicken, fanden die Jugendlichen namentlich im Genossen Stadthagen einen beredten Anwalt ihrer Interessen, der ausführlich nachwies, daß man der angeblichen „Verrohung der Jugend" nicht durch bureaukratische Bevormundung, sondern durch soziale Fürsorge, wie Beseitigung der Sonntagsarbeit, Nachtarbeit und Ueberstunden entgegenarbeite. In demselben Sinne sprach Genosse Brühne, der auch die Ungerechtigkeit hervorhob, daß diese Sparerlasse ihre Spitze nur gegen die arbeitende Jugend, nicht aber gegen die oft viel verschwenderischer auftretende nichtarbeitende Jugend, wie Studenten usf. richteten. Ein verunglückter Rechtfertigungsversuch des Nationalliberalen Götting, der sich mit dem Nachweis abmühte, daß die arbeitende Jugend gegenüber der nichtarbeitenden „privilegiert" sei, veranlaßte Genossen Stadthagen zu einer kurzen, aber treffenden Abfertigung dieser seltsamen Ansicht.

Lebhafte Debatten entstanden auch um die Frage des Ausbaus der Familienunterstützung. Der Ministerialdirektor Lewald hatte am Anfang der Sitzung eine Erklärung abgegeben, die in einigen Punkten die von der Kommission geforderten Verbesserungen seitens der Regierung zusagt. In der Hauptfrage, nämlich der Festsetzung von Bedarfssätzen, hinter denen die Unterstützung ohne besonderen Grund nicht zurückbleiben darf, äußerte er aber allerhand Bedenken gegen die in der Kommission gefaßte Resolution. Sehr eindrucksvoll brachte Genosse Schmidt-Meißen die vielfachen Klagen vor, die heute noch über die mangelhafte Gewährung von Familienunterstützung zu führen sind, an einer Reihe von krassen Einzelfällen, namentlich in den ländlichen Bezirken, zeigte er, wie notwendig die Festsetzung von Bedarfssätzen ist. Daneben behandelte der sozialdemokratische Redner auch die Klagen der Landarbeiter, die nach dem Kriege ganz energisch Aufhebung der Ausnahmebestimmungen der Gesindeordnung fordern werden.

Mit dem Bevölkerungsproblem befaßten sich zahlreiche Redner, der Sprecher der Deutschen Fraktion, Abg. Mumm, von dem bekannten christlich-sozialen Standpunkt aus, indem er die sozialen mit religiösen und Sittlichkeitsproblemen verquickte. Der Zentrumssozialpolitiker Hitze äußerte befremdlicherweise allerhand formalistische Bedenken gegen den Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Schaffung eines reichsgesetzlichen Mutterschafts- und Säuglingsschutzes. Er meinte, daß dieses Sache der Landesgesetzgebung sei. Diese Bedenken gingen selbst dem nationalliberalen Abg. Bassermann zu weit, der mit Recht in dem Antrag eben die Forderung einer prinzipiellen Regelung der Materie durch das Reich erblickt, die er befürwortet.

Die Nöte des durch den Krieg geschädigten Mittelstandes beklagten die Abgg. Irl (Zentr.) und Werner-Hersfeld (D. Frakt.). Genosse Brühne wies auf die ungeheuren Gewinne hin, die gewisse Elemente gegenüber der Ruinierung zahlloser Mittelstandsexistenzen eingestrichen haben.

Am Schluß kam durch Genossen Stücklen, der die Höhe der Beamtenbezüge in den okkupierten Gebieten kritisierte, die Debatte auf ein anderes Gebiet. Ein Regierungsvertreter und drei fortschrittliche Redner suchten, zum Teil in recht erregter Weise, Genossen Stücklen zu widerlegen, was diesen zu mehrfachen Entgegenungen veranlaßte.

Am Montag wird die Eatasberatung fortgesetzt.

Berlin, 20. Mai.

51. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kommissare.

Die zweite Beratung des

Etats für das Reichsamt des Innern

wird fortgesetzt.

Abg. Schiele (Kons.): Bei der Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer sollte man nicht knausern und Mißgriffe vermeiden. Steuerrückstände dürfen nicht darauf angerechnet werden. Auch soll man die Unterstützung nicht entziehen, wenn noch kleine Ersparnisse vorhanden sind. Die sozialdemokratischen Anträge auf Aufhebung der Sparerlasse lehnen wir ab. — Das Nachtbackverbot ist eine Kriegsmaßnahme, die im Frieden nicht schematisch beibehalten werden kann. — Für die Ueberleitung der Volkswirtschaft aus dem Kriegs- in den Friedenszustand ist die Inangriffnahme des Neubaus von Handelsschiffen überaus wichtig. Unsere Industrie ist ein blühender Baum; von ihr kann man sagen, nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß. (Beifall rechts.)

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Bei den Familienunterstützungen der Kriegsteilnehmer kommen naturgemäß Unstimmigkeiten vor, doch ist vielen Beschwerden durch die letzte Verfügung des Bundesrats vom 21. Januar d. Js. abgeholfen. Die Formulierung der Resolution, daß die Bedarfssätze so bemessen sein sollen, daß unter der Berücksichtigung der Teuerung, Ernährung, Bekleidung und Wohnung gesichert sind, scheint mir bedenklich und unklar. Eine Anrechnung der von Arbeitgebern freiwillig gezahlten Sätze auf die Reichsunterstützung ist unzulässig.

Abg. Mumm (Deutsche Fraktion) wünscht, daß die Demobilisation ebenso unter dem Zeichen der Alkoholfreiheit stehen soll, wie es bei der Mobilisation der Fall war, und spricht sich für den Sparzwang der Jugendlichen aus.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.): Die Bundesratsverordnung vom Januar 1916 über die Familienunterstützung wird noch vielfach nicht richtig ausgeführt. Selbst der Regierungspräsident in Potsdam hat einer Kriegerfrau den Bescheid gegeben, es gebe nach der Verordnung keine Beschwerde gegen die Entscheidung der Lieferungsverbände. Das widerspricht dem klaren Wortlaut der Verordnung. Wie muß es erst draußen auf dem Lande aussehen, wenn schon in Potsdam so wenig Kenntnis einer eben ergangenen Bundesratsbestimmung besteht. Der Resolution auf Ausdehnung der Familienunterstützung stimmen wir natürlich zu, wie auch den anderen Resolutionen mit Ausnahme der einen, die eine Reichsbeihilfe für die deutschen Reedereien zum Neubau von Handelsschiffen verlangt. Wir sind die letzten, die dagegen stimmen würden, wenn man alle durch den Krieg Geschädigten entschädigen wollte, aber wir sehen nicht ein, warum gerade die doch nicht zu den Aermsten gehörenden Reeder eine Reichsunterstützung bekommen sollen. Vor allem verlangen wir Beseitigung der Beschränkungen, die der Arbeiterschutz seit Beginn des Krieges erlitten hat. Insbesondere bedürfen die Jugendlichen des Schutzes. Dem, was die Vorredner über das Zwangssparsystem gesagt haben, kann ich nicht zustimmen. Die Klagen über die angebliche Verrohung und Zügellosigkeit der Jugend sind so alt wie sie unberechtigt sind. Die heutige Jugend ist außerdem sicher nicht schlechter, sondern besser als die frühere. Man verlangt Maßhalten von der Jugend. Aber die Jugend ist die Zeit des Wachstums, des Strebens nach Vollendung, nicht die Zeit der Reife und der Vollendung. Man soll in die Jugend hineinpflanzen das Streben nach Selbständigkeit, nach frischem Mut für höhere Ideale, nach Solidarität, nach Menschenveredlung. Aber man soll ihr nicht mit Bevormundung kommen. Ich bedauere die Jugendlichen, die stets in ihrem Leben Maß gehalten haben, bedauere die Philister und Duckmäuser, die schon als Jugendliche immer Maß gehalten haben. Wer Charaktere haben will, muß wünschen, daß die Jugend in das Leben hineingezogen, daß sie selbständig wird, aber nicht bevormundet und gegängelt wird. Deshalb soll man alle Veranstaltungen unterstützen, die darauf ausgehen, die körperlichen und geistigen Eigenschaften der Jugend auszubilden. Wer die Selbständigkeit der Jugend beeinträchtigt, versündigt sich an dem kostbarsten Gute des Volkes. Gerade die Arbeiterjugend, und gegen sie allein richten sich die Ausnahmebestimmungen, strebt nach Vervollkommnung ihrer geistigen Lebensbetätigung. Die junge Welt ist dankbar, wenn ihr dabei die Aelteren die Wege weisen. Fort mit allen Bestimmungen, die den Jugendlichen das gemeinsame Turnen, das Wandern, die Betätigung in Jugendheimen erschwert. Gerade jetzt während des Krieges ist es völlig verfehlt, den Jugendlichen mit solchen Strafbestimmungen zu kommen, wie man sie ihnen angedroht hat, für Theaterbesuch, Zigarettenrauchen usw. Wenn ein solcher Jugendlicher bestraft wird, so ist das ein Unheil für sein ganzes Leben. Dadurch wird der Trieb zur Heimlichkeit, zur Lüge, zur Unwahrheit in die Seelen der Jugendlichen gepflanzt. Daher verlangen wir die Aufhebung all solcher Strafbestimmungen, wie sie von Generalkommandos ergangen sind und auch die Beseitigung der Sparzwangerlasse, wie sie insbesondere in Kassel, in denn Marken und im Bereich des 10. Armeekorps ergangen sind. — Der Redner geht auf die einzelnen Bestimmungen der Erlasse näher ein. Die Erlasse sollen angeblich dazu dienen, die Jugendlichen vor vergnügungssüchtigem Leben zu bewahren. Aber verführt denn ein arbeitsloses Einkommen nicht viel mehr zu leichtsinniger Verschwendung als ein erarbeitetes Einkommen? Wenn es im Interesse der öffentlichen Sicherheit liegen soll, daß gegen Verschwendung und Vergnügungssucht vorgegangen wird, warum gehen dann die Generalkommandos nicht auch vor gegen die Studenten, die jungen Offiziere, die aus dem Vermögen ihrer Eltern ein Leben führen, das ich ihnen nicht verkürzen will, daß man aber sicher mehr als vergnügungssüchtig bezeichnen kann, als das Leben der Arbeiterjugend. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Darin liegt eine Verachtung der Arbeit. Der Erlaß im Bereich des 10. Armeekorps bedeutet eine starke Beschränkung der Freizügigkeit der Jugendlichen. Es wurde ihnen bei Strafe verboten, sich für die Dauer des Krieges aus dem Bereich des 10. Armeekorpsbezirks zu entfernen. (Hört, hört! b. d. Soz. Arb.) Dieser Erlaß hat unter der Arbeiterjugend in Hannover und Braunschweig höchste Empörung hervorgerufen. Eine große Anzahl Jugendlicher haben sofort ihre Arbeit niedergelegt und auch Erwachsene schlossen sich dem Streik an. Die Gewerkschaftskartelle in Braunschweig und Hannover traten mit dem Oberkommando in Verbindung wegen Aufhebung des Erlasses. Das Generalkommando erklärte, es solle der auszuzahlende Betrag von 16 auf 24 Mark erhöht werden, wenn die Arbeit sofort aufgenommen werde. Die Hannoverschen Jugendlichen begnügten sich damit. (Abg. Brey [Soz.]: Das stimmt nicht!) Die Zeitungen, auch der „Hannoversche Volkswille" haben so berichtet, sie nahmen die Arbeit wieder auf. In Braunschweig verlangten die Arbeiter aber völlige Aufhebung des Erlasses, die Zahl der Streikenden wuchs auf über 1000. Erst als völlige Aufhebung des Erlasses zugegeben wurde, erklärten sich die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit. Daraufhin erschien eine Verordnung des Generalkommandos, worin es hieß: „Infolge der erneut gesteigerten Teuerungsverhältnisse ist die Durchführung der Verfügung betreffend den Sparzwang Minderjähriger auf besondere Schwierigkeiten gestoßen: sie wird daher bis auf weiteres außer Kraft gesetzt." Danach kann also die Verordnung jeden Tag wieder in Kraft treten. Deshalb ist es dringend erforderlich, daß der Reichstag sich gegen eine solche Drangsalierung der Arbeiter wendet. Diese Verordnungen verstoßen gegen die Gewerbeordnung, gegen den Arbeiterschutz und gegen die Reichsverfassung. Nach den neulichen Erfahrungen scheint ja allerdings der Reichstag auf dem Standpunkt zu stehen: Wo Ungesetz gesetzlich waltet, da ist der Reichstag ausgeschaltet. (Htkk.) Auf jeden Fall verstößt ihre Ordnung gegen die Bestimmungen, nach denen eine Einbehaltung des Lohnes unter Strafe gestellt ist. Das Existenzminimum des einzelnen Mannes wird hier den Arbeitern genommen. Eine Lohneinbehaltung verstößt auch zweifellos gegen die guten Sitten. Schon im alten Testament wird sie als Sünde bezeichnet, die zum Himmel schreit. Weiter wird der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz durch die Verordnungen verletzt, sonst müßten sie auf alle Minderjährigen, nicht bloß die Arbeiter ausgedehnt werden. Sie sind auch sehr unzweckmäßig. Man will Eigentumsvergehen dadurch beseitigen, daß man die jungen Leute in Mangel versetzt, während doch gerade die Ursache der meisten Eigentumsvergehen in einem Mangel an Eigentum liegt. Die Verordnung läßt die Armen schuldig werden, dann überläßt sie sie der Pein, dem Staatsanwalt. Wenn man den Berichten der mit der Jugendfürsorge Betrauten nachgeht, so findet man nicht erschreckend, was man bei der heutigen Jugend sieht, sondern höchst erfreulich. So heißt es in einem Bericht, daß die Jugendlichen vielfach an die Pflicht gemahnt werden müßten, an die eigene Zukunft zu denken, und nicht nur die Eltern zu unterstützen. Wer der Jugend helfen

---

Der Werwolf.

Roman von Willibald Alexis (W. Häring).

73. Fortsetzung.

„Mein Herr war so freundlich beim Auszuge, auch zu mir," seufzte Frau Elisabeth; „er sagte, er hoffe zu Gott, daß es in gütlicher und letzter Verhandlung wohl zur Ausgleichung kommen werde."

„Man meint, Georg von Meißen habe es ihm angetan," entgegnete der Hofprediger, „mit dem er von Augsburg dem Kaiser entgegenritt gen Innsbruck."

„Es tut's ihm keiner an, Hofprediger, er tut's sich selbst an. Das ist seines Herzens Aufbrausen und Dünkel, daß er sich für besser hält als alle, und da werfen denn die giftigen Fliegen ihr Geschmeiß drauf zu böser Stunde. — Hat's Gott aber doch gewiß wohl gemeint, daß es nicht zur Ausgleichung kam. O gewiß, gewiß, der Tag in Augsburg wird wie der Tag aller Tage leuchten in alle Zeiten hinein. Erzählt mir mehr davon, ich kann's nicht genug hören; es ist gar zu erhebend, wie das kleine Häuflein den dichten Scharen der Feinde gegenüberstand, und nicht verzagend vor allen Drohungen, und der argen List der Päpstlinge. Noch einmal die schönen Worte, die unser Vetter Georg von Ansbach zum König Ferdinand sprach."

„Als der König sie aufgefordert, daß sie das Predigen ihrer Gottesgelahrten einstellen sollten, und der Prozession des Fronleichnams persönlich beiwohnen, wandte sich Herr Georg von Brandenburg geradezu an den Kaiser und sprach: ‚Eher wollt' ich hier vor Eurer kaiserlichen Majestät niederknien und mir den Kopf abhauen lassen, als daß ich meinen Gott und sein heiliges Evangelium verleugnen sollte und beipflichten einer falschen und abgöttischen Meinung.' Und tags darauf wiederholte er's noch einmal, mit allen evangelischen Ständen um ihn: ‚In dieser Sache, die Gottes Sache selbst ist, bin ich durch Gottes unwandelbaren Befehl gezwungen, alles menschliche Ansehen gering zu achten, denn es steht geschrieben: man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.'"

„Darum wollte er auch den Tod nicht fürchten für die ewige, unbewegliche Wahrheit, setzte er hinzu, nicht wahr, Hofprediger? Und sei nicht gemeint gottlose, mit Gottes Wort streitende Menschensatzungen durch seine Bestimmung zu stärken und zu befestigen; sie sollte vielmehr aus der Kirche ganz vertilgt werden, damit die noch gesunden Glieder nicht vom Gifte angesteckt und befleckt würden."

„Dies waren des durchlauchtigen Herrn Worte."

„Und nun noch einmal, wie war es mit der Uebergabe, die sollte Freitag am Sankt Johannestage stattfinden?"

„Aber der Kaiser wußte es zu verzögern, indem er mit dem päpstlichen Legaten und den andern katholischen Fürsten Rat pflog über den Türkenkrieg."

„Noch immer keine Nachrichten von meinem Kurprinzen!" seufzte Elisabeth.

„Und darauf ward es Abend und spät. Seine Majestät hatten gemeint, durchs Warten würde sich das Feuer der Evangelischen abkühlen. Und gleich wie, als wenn er's ihnen leichter machen wollte, ließ er sie auffordern, sie sollten ihm ihre Schriften zustellen, er wolle dieselben der Notdurft nach erwägen und bedenken."

„Die welsche Hinterlist schlug aber nicht an."

„Sie weigerten sich und beharrten auf laute Vorlesung in voller Versammlung. Und Sonnabends darauf, am 25. Juni, wurden sie nicht in den großen Saal ins Rathaus beschieden, sondern in die kleine Kapellstube des Bischofs auf dem Schloß, wo kaum die zum Reichstag gehörigen Zutritt fanden."

„Die hispanische List half ihnen nicht. Durch die dicken Mauern ist das Wort erklungen in die ganze Welt."

„Als nun die kursächsischen Kanzlare die Konfession vorlesen wollten, forderte der Kaiser, daß der Doktor Bruck nicht die deutsche Urschrift lese, sondern die lateinische, aber der Kurfürst von Sachsen, meiner gnädigen Frau Ohm, erhob sich und sprach: ‚Wir sind auf deutschem Grund und Boden, in einer deutschen Reichsversammlung. Euer kaiserliche Majestät werden deshalb erlauben, daß Deutsch verlesen werde.' Und da half ihm sein Zaudern und Zögern nicht mehr, es hätte sonst geheißen, er sei ein hispanischer König und kein deutscher. Das möchte er wohl sein, aber jetzt soll's noch nicht so heißen. Und da las Doktor Bayer mit klarer und deutlicher Stimme das deutsche Glaubensbekenntnis, so laut, daß sie's unten im Schloßhof hörten. Zwei Stunden hat es gedauert und draußen war's so still, daß man die Schwalben fliegen hörte."

„Und nicht wahr, auch von den katholischen Fürsten und Ständen waren viele überrascht: denn die Römischen hatten ihnen die Lehre als eine gotteslästerliche und teuflische geschildert?"

„Man sagt von Herzog Wilhelm von Bayern, daß er sich verwundert zum Doktor Eck, seinem Theologen, umgewandt: Das ist doch viel anders, als man's mir gesagt!"

„Und der Kaiser?"

„Man behauptet auch, daß er sichtlich bewegt gewesen, und es so nicht erwartet. Nachmalen hat er, durch den Pfalzgrafen Friedrich, den protestantischen Ständen anzeigen lassen: er werde den trefflichen, hochwichtigen und merklich großen Handel mit allem Fleiße erwägen und beratschlagen und ihnen dann seinen Entschluß zu wissen tun."

„Und was wird er tun? — Ihr stockt. — Wittert Ihr auch darin spanische Arglist?"

„Gnädigste Frau, ich weiß nicht, ob das gerade spanische ist. Mir kommt's zu Sinn, wie wenn der durchlauchtigste Kurfürst die Anträge seiner getreuesten Stände holdselig entgegennimmt, und läßt durch seine Kanzlare sagen, er werde die Sache bedenken: dann kommt nach Wochen der Landtagsabschied, und man weiß ihn immer nicht."

„Diesmal wird er's, er darf es nicht!" rief die Kurfürstin mit ungewöhnlichem Feuer. „Das hieße Gott selbst versuchen, wie damals auf dem Tempelhofschen Berg."

„Sein Astrologus ist noch in Gnaden!"

„Wer ist nicht bei ihm in Gnaden, der ihm zu Worte spricht! Es nimmt mich Wunder, daß nicht mehr Tagediebe und Abenteurer aus allen Landen nach Brandenburg strömen. Sie brauchen ja nur seine Reden auswendig zu lernen. Wo sind denn seine alten, bewährten Diener! Entfernt er nicht einen nach dem andern? Er will sich nur hören. Wenn Gott nicht in seiner Gnade macht, daß ihm selbst sein Licht aufgeht, von andern kommt's ihm nimmer."

Der Hofprediger Muskulus war entlassen, er meinte nicht ganz gnädig, und er mochte recht haben.

„Bredow," sagte die Kurfürstin, „es ist eine große herrliche Zeit, wenn nur die Menschen besser wären!"

Eva verneigte sich; bei sich dachte sie, jede Zeit müsse schon mit den Menschen vorliebnehmen, wie sie sind. Sie sprach's nicht aus. Die Kurfürstin liebte auch nicht, daß die, mit denen sie sprach, anderer Meinung wären; nämlich wenn sie eine hatte.

„Der Muskulus würde kein Reformator werden."

„Nein, gnädigste Frau, er würde kein Reformator werden."

„Und der Trank des Heils, nach dem ich dürste — ja, liebe Bredow, nun versage ich's mir nicht länger; ich hielt's für Sünde, so ich mutlos wäre, wo die vielen Fürsten und Grafen und Herren so offen vor aller Welt ihr Bekenntnis abgelegt, das muß nun ein jeder auch, der bekannt — aber den heiligen Becher, aus seiner Hand will ich ihn nicht empfangen."

„Der arme Hofprediger!"

„Nein, Bredow, wer Gott erkennt, der soll ihn ganz erkennen, der soll ihn preisen morgens und abends, auf dem Markte und in seinem Kämmerlein; er soll den alten Menschen ausziehen und mit dem alten Kleide die alten Rücksichten. Wenn alle, die das glauben, das täten, wenn sie auf die Dächer sich stellten und vor die Tore und Gottes Wort sängen, wie es unverfälscht ist, wo bliebe der Antichrist und sein Wüten! Aber sie kriechen umher und ducken sich, und lauschen und warten, wann es an der Zeit sein wird. Das sind nicht Gottes Freunde, das sind die Belials und des Mammons. Warum hat nicht einer von den märkischen Herren in Augsburg den Mund aufgetan? Im Herzen sind sie alle dem alten Pfaffenunwesen abhold, ich weiß es, und freuen sich, wenn ihnen ein Nackenschlag geschieht. Warum wagte keiner nur ein Wort zu sprechen, wo es an der Stelle war? Sie sind die Reichsten und Vornehmsten, sie waren dazu berufen, und sie schwiegen. Sind das, die sich meines Herrn treue Vasallen nennen, die sie nicht den Mut haben, ihn ins Angesicht zu warnen; aber hinter seinem Rücken lachen sie, wenn er einen Schlag weg bekommt und sprechen: es ist ihm schon recht, warum wollte er nicht hören! — O warum war dein Mann nicht mit in Augsburg!"

(Fortsetzung folgt.)

will, darf ihr Streben nach Selbständigkeit nicht unterbinden. Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß. Das gilt auch für die Jugendlichen. Selbständigkeit und Charakter soll man der Jugend nicht zu nehmen versuchen durch Verfügungen von Generalkommandos. Ich bitte unserem Antrag zuzustimmen und sich nicht hinter der Formalie zu verschanzen, als ob sie nicht das Recht hätten, Aufhebung von Verfügungen von Generalkommandos zu verlangen. (Beifall b. d. Soz. Arb.)

Abg. Schmidt-Meißen (Soz.): Die Erklärung des Ministerialdirektors in bezug auf das Nachtbackverbot, es würde bei Schluß des Kriegs keine Lücke im Gesetz eintreten, kann uns nicht genügen. Es muß jetzt schon eine gesetzliche Regelung erfolgen, damit die Bäckereien sich darauf einrichten können. In bezug auf den Wunsch, den § 1300 der Reichsversicherungsordnung durch einen Zusatz zu erweitern, daß im Krieg und im ersten Jahr nach Friedensschluß, falls der Tod des Ehemannes infolge des Krieges nicht festgestellt werden konnte, die Frist mit dem Tag beginnt, an welchem der Witwe der Tod auf dem Dienstweg bekanntgegeben ist, ist die Regierung durch eine Verfügung entgegengekommen, die jedoch nur die Angehörigen der bewaffneten Macht zu umfassen scheinen. Wie soll es z. B. mit denjenigen Verschollenen stehen, die auf Handelsschiffen angestellt waren? — In betreff der Familienunterstützungen der Kriegsteilnehmer herrscht nach dem Ministerialdirektor ein befriedigendes Verhältnis. Das ist keineswegs der Fall, auch jetzt bestehen noch eine Unmenge Beschwerden. Das Reich wälzt die Lasten auf die Lieferungsverbände und Gemeinden ab, die oft garnicht dazu in der Lage sind. Man berücksichtigt nicht, was eine Kriegerfamilie zum Leben braucht, sondern ausschlaggebend ist die finanzielle Lage der Gemeinde. Das zeigt sich in einer Reihe ganz krasser Fälle. Vielfach treibt man von den Unterstützten die Steuerrückstände mit Nachdruck ein. (Hört, hört! bei den Soz.) Man sagt den Frauen, sie sollen arbeiten gehen. Ganz abgesehen davon, daß es vielfach keine Arbeit gibt, sind viele Frauen auch schon wegen ihrer Kinder garnicht in der Lage dazu. Im Landkreise Görlitz hat man zum 1. April die Unterstützungen sogar noch gekürzt. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Leute, die das tun, können die Folgen garnicht übersehen oder sind von allen guten Geistern verlassen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) In rigorosester Weise treibt man die Kriegerfrauen aus der Wohnung. Das Niederlausitzer Kohlenbergwerk z. B. tut es, weil eine Frau auf einer andern Grube arbeitet. Eine andere Firma kündigte einer Frau die Wohnung, als der Mann eingezogen wurde, und wollte die Kündigung nur zurücknehmen, wenn die Frau sich verpflichtete, für 70 Pfg. zu arbeiten. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Daß gerade die Landkreise diese mangelhafte Fürsorge zeigen, ist umso weniger zu verstehen, als die Landwirte während des Krieges keine Not leiden, sondern glänzende Geschäfte machen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Was soll eine Familie von drei Kindern wohl mit 12—15 Mk. pro Woche anfangen oder gar, wenn sie nur Reichsunterstützung hat, mit 9 Mk., das sind 32 Pfg. für den Kopf. (Hört, hört! bei den Soz.) Es mag unangenehm klingen, daß eine ganze Reihe von Kriegerfamilien hungern muß, aber bestreiten läßt es sich nicht. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichskanzler sagte, er bewundere den Opfermut der ärmeren Klassen in dieser schweren Zeit und sprach von dem stillen Heldenmut der Kriegerfrauen. Wer das anerkennt, hat die Pflicht, ihre Not zu mildern. Und Besserung ist möglich. Es sind nicht die Engländer mit ihrer Aushungerungspolitik, die das Los der Kriegerfamilien so traurig machen, es ist vielmehr die mangelnde Hilfe im Inland. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Alle Ermahnungen der Reichsregierung und der Einzelregierungen haben nichts genützt. Sofort nach der letzten Erhöhung der Reichssätze haben eine ganze Reihe von Gemeinden, namentlich in Landkreisen, ihre bisherigen Zuschüsse gekürzt. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf unsere wiederholte Kritik hat man auf die aufgewendeten Gesamtsummen verwiesen. Gewiß sind sie groß, aber man darf nicht die lange Dauer außer Acht lassen und muß die Summe der Bedürftigkeit der Kriegerfamilien zum Vergleich heranziehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Deshalb müssen wir der Resolution zustimmen, die genügend Reichssätze verlangt und weiter eine Erhöhung des an die Bundesstaaten gewährten Reichszuschusses. In der Kommission sagte der Ministerialdirektor Lewald, die Reichsregierung werde im Sinne dieses Antrages wirken. Heute sagte er nur, er wolle ihn zur Prüfung empfehlen. Hoffentlich steht er noch auf demselben Boden wie in der Kommission. Eine durchgreifende Besserung kann nur eintreten, wenn das Reich mehr als bisher hilft und auch für eine energische Durchführung sorgt. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Das wäre nur ein bescheidener Dank für die ungeheuren Opfer, die die Ernährer der Familien auf den Schlachtfeldern bringen. — Angesichts der Teuerung können auch die Invaliden- und Altersrentner nicht mehr auskommen, auch eine ausreichende Erhöhung der Witwen- und Waisenrente ist notwendig. Gleich den Kriegerfrauen sucht man auch die arbeitslosen Textilarbeiter durch Entziehung der Unterstützung zur Arbeit zu zwingen. Sie sollen sich acht Monate lang zu landwirtschaftlicher Arbeit fern von der Heimat verpflichten. Auf eine Beschwerde des Textilarbeiterverbandes bei einer Bielefelder Firma kam die Antwort, eine solche Anregung müsse sich erst einbürgern. Hier wäre es Sache der Reichsregierung, einzugreifen. Ich hoffe, daß sie erklären wird, daß sie mit diesem Vorgehen nicht einverstanden ist. Auch der Textilarbeiterverband bemüht sich, Arbeiter für die Landwirtschaft zu erhalten. Aber die Herren Landwirte machen das nicht leicht. [illegible] (Sehr wahr! bei den Soz.) [illegible] (Sehr wahr! bei den Soz.) [illegible] (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hitze (Zentr.): Den Zweck der Sparzwangerlasse [illegible] (Beif. im Zentr.)

Abg. Bassermann (NL.): [illegible] (Bravo!)

Abg. [illegible] (Vp.) [illegible]

Abg. Werner-Hersfeld (Deutsche Fraktion) verteidigt den Sparzwang.

Abg. Irl (Zentr.) befürwortet weitgehende Kreditgewährung an durch den Krieg geschädigte Handwerker und Kleingewerbetreibende und Berücksichtigung der Handwerker bei den Lieferungen für das Reich durch die Lieferungsgenossenschaft.

Abg. Brühne (Soz.): Dank unserer Erziehungsarbeit können wir wohl sagen, daß gerade die Angehörigen unserer Jugendbewegung ihr sauer verdientes Geld nicht leichtsinnig ausgeben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Warum trifft man mit den Sparzwangerlassen nicht auch die Kinder der wohlhabenden Leute. — Das Handwerk ist sicher heute am schlimmsten dran. Sehr viele Geschäfte mußten geschlossen werden. Viele kleine Existenzen werden zugrunde gehen müssen, wenn ihnen nicht staatliche Hilfe zuteil wird. Auf der anderen Seite haben einzelne Betriebe glänzende Geschäfte gemacht. So wurden in einem Falle in vier Monaten an 48.000 Häuten 7 Millionen verdient. (Hört, hört! bei den Soz.) — Viele Schuhmacher kommen heute ins Elend, weil sie kein brauchbares Leder bekommen. Hier muß die Kriegsledergesellschaft Abhilfe schaffen. Nur eins kann uns aus dieser ganzen Misere heraushelfen, das ist ein recht baldiger Friede. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Götting (NL.): Die Versuche mit dem Sparzwang sind durchaus berechtigt. Nach Herrn Stadthagen müßte man überhaupt gegen jede Vormundschaft sein. Die Minderjährigen müssen doch zur Selbständigkeit erst erzogen werden. Der Hinweis auf die Kinder der besitzenden Klassen trifft nicht zu. Diese können als Minderjährige keine Verträge schließen, während die jugendlichen Arbeiter das dürfen und über ihr Geld verfügen können. (Abg. Stadthagen: Keineswegs!)

Abg. Stücklen (Soz.): Die Besoldung der Zivilbeamten in den besetzten Gebieten bedarf dringend der Besprechung. Die Kriegsbesoldungsordnung ist dagegen noch ein Muster von Sparsamkeit. Die oberen Beamten bekommen Tagegelder von 30 Mark neben ihrem Heimatsgehalt. Junge Leute, die in der Heimat 3000 Mark beziehen, bekommen 9—10 000 Mark. Hier wäre ein Sparzwang angebracht. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die von der Regierung beabsichtigte Reform ist das Muster einer Reform, wie sie nicht sein soll, sie will zwar die Sätze etwas herabsetzen, läßt sie aber noch viel zu hoch. Obwohl in Flandern Militärverwaltung ist, haben wir dort auch einige Zivilbeamte, die gar nichts zu tun haben, als sich auf eine spätere Tätigkeit vorzubereiten. Das stellt sich für die Steuerzahler doch sehr teuer. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Die Verwaltung in den besetzten Gebieten wird lediglich aus Mitteln geführt, die in diesen Gebieten selbst aufgebracht werden. Die Reglung der Beamtenorganisation und der Beamtengehälter in jenen Gebieten gehört nicht zur Zuständigkeit des Reichstages. Uebrigens ist die Verwaltung dort so billig wie noch niemals. Von Polen gar nicht zu reden, so spart auch Belgien die Kosten für das Parlament (Zuruf b. d. Soz.: Sparzwang.) für 10 Minister, für 9 Gouverneure (Abg. Ledebour: Auch wir könnten 20 Fürsten sparen.) — (Vizepräsident Dove ruft den Abg. Ledebour zur Ordnung.) Auch in Flandern ist die Verwaltung zum Teil von Zivilbeamten übernommen worden.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.): Die Verwaltungsfragen in den besetzten Gebieten gehören ja zweifellos zur Kompetenz des Reichstages. (Zustimmung bei der Soz. Arb. und bei den Soz.) Herr Götting hat übersehen, daß die Sparzwangerlasse auch den Eltern die Verfügung über den Verdienst der Jugendlichen entziehen. Wer den Jugendlichen die Möglichkeit, sich geistig und körperlich zu veredeln durch Wegnahme des Geldes nimmt, versündigt sich an den Jugendlichen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Dove (Vpt.) bestätigt als Mitglied des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete in Polen die Ausführungen des Ministerialdirektors und betont die große Arbeit, die von den Beamten draußen geleistet wird.

Abg. Stücklen (Soz.): Ich habe gar nicht behauptet, daß die Beamten in den okkupierten Gebieten nichts tun. Aber zweifellos sind auch Beamte draußen, deren Arbeitskraft nicht voll ausgenutzt wird. Da die Angelegenheit dem Reichsamt des Innern untersteht, ist der Reichstag ganz zweifellos zuständig. (Zustimmung bei den Soz.) Billiger wie früher wird gewiß jetzt in Polen gewirtschaftet, es wäre auch noch schöner, wenn wir dort eine Verwaltung nach russischem Muster einrichteten, wo betrogen und gestohlen wurde, wie alle Welt weiß. Der springende Punkt ist das Mißverhältnis zwischen der Höhe der Gehälter und der Zuschüsse. Daß die Gehälter zu hoch sind, gibt die Verwaltung selbst durch den Vorschlag einer Reform zu, deren Sätze ich auch noch für zu hoch halte. Man sollte zu den Heimatsgehältern einen prozentualen Zuschlag in vernünftigen Grenzen machen. Richtig ist, daß die Verwaltung nicht von den deutschen Steuerzahlern bezahlt wird. Aber eine gewisse Rücksichtnahme auch auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung der besetzten Gebiete ist durchaus am Platze. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.)

Ministerialdirektor Dr. Lewald: In der ausländischen Presse wird der lügenhafte Versuch unternommen, es so darzustellen, als wenn die deutsche Verwaltung aus den besetzten Ländern große Summen herauspreßt ohne etwas dafür dort zu leisten. Ich danke Herrn Dove für seine richtige Darstellung der Verhältnisse. Ganz entschieden muß ich zurückweisen, daß wir dort überflüssige Beamte haben. Es wird mit einem geringen Apparat so viel wie irgend möglich ist geleistet.

Abg. Haas (Vpt.): Die von Herrn Stücklen gemachten Ausführungen müssen einen schlechten Eindruck bei der Bevölkerung Polens erwecken, die unter allen Umständen, auch wenn die besetzten Gebiete zurückgegeben werden, eine gute Erinnerung an deutsche Arbeit und deutsche Verwaltung bewahren wird. (Beifall bei der Vpt.)

Abg. Götting (Natl.) hält seine Behauptungen gegenüber dem Abg. Stadthagen aufrecht.

Abg. Stücklen (Soz.): Ich verwahre mich dagegen, daß meine Ausführungen eine Bestätigung der Vorwürfe sein sollen, die der Ministerialdirektor angedeutet hat. Eine große Beschränkung der Beamten in den besetzten Gebieten wünsche ich auch nicht, aber alles mit Maß und Ziel. Daß die Bezahlung gegenwärtig zu hoch ist, wird durch die geplante Reform von der Regierung selbst zugegeben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. [illegible] (Vpt.) rühmt die Verhältnisse unter der deutschen Verwaltung Polens.

Damit schließt diese Debatte.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Montag 12 Uhr.

Schluß [illegible] Uhr.

Die Abänderung des Reichs-Vereinsgesetzes.

Die Kommission, der die Novelle zum Vereinsgesetz zur Vorberatung überwiesen wurde, trat am Freitag zusammen. Gleich bei Beginn der Sitzung verlangte Abg. Dr. Oertel Vertagung, weil die Konservativen durch die Verhandlungen über das Steuerkompromiß zu sehr in Anspruch genommen sind. Gegen diesen ganz unverhohlenen Verschleppungsversuch wandten sich der Vorsitzende Abg. Dr. Junck und Müller-Meiningen. Der Antrag auf Vertagung wurde abgelehnt. Nun versuchte es Dr. Oertel auf andere Weise. Er verlangte eine Ergänzung der Begründung durch Abdruck aller Gerichtsentscheidungen, die sich auf das Vereinsgesetz beziehen.

In der Diskussion über diesen weiteren Obstruktionsversuch wurde betont, daß die Zusammenstellung dieser Entscheidungen ein dickes Buch geben würde. Der neue Verschleppungsantrag wurde ebenfalls abgelehnt. — Endlich konnte in die sachliche Beratung eingetreten werden.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat folgende Abänderungsanträge gestellt:

Den § 3 des Vereinsgesetzes wie folgt zu fassen:

Ein Verein, der bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben. Nicht als politische Vereine gelten Vereine von Berufsgenossen oder Angehörigen verschiedener Berufe und Standesvereine, auch wenn sie zur Verfolgung ihrer Zwecke politische Gegenstände in Versammlungen erörtern.

Der § 12 (Sprachenparagraph) soll gestrichen werden; ebenso der ganze § 17 (Jugendlichenparagraph). Dem § 23 soll hinzugefügt werden: „Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen ländliche Arbeiter und Dienstboten wegen Einstellung der Arbeit oder Verabredungen zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit." — In Konsequenz dessen soll Absatz 3 im § 24 gestrichen werden.

Abg. Legien (Soz.) führt aus, daß seine Fraktion keine Abänderungsanträge gestellt habe. Daraus dürfe aber nicht etwa der Schluß gezogen werden, daß man mit der Vorlage zufrieden sei. Es soll nur verhütet werden, daß die Vorlage, die immerhin einen kleinen Fortschritt bedeutet, schließlich scheitert. Damit gibt man weder den Wunsch, noch das ernste Bestreben auf, das Vereinsgesetz noch weiter zu verbessern.

Abg. Dr. Oertel bezeichnet die Vorlage als für die Konservativen unannehmbar, wenn daran festgehalten werden soll, daß Jugendliche derartigen Vereinen beitreten dürfen. Redner setzt auseinander, daß auf diese Weise die Jugend so ziemlich an der Erörterung aller politischen Fragen sich beteiligen könnte, bis herunter zu Kindern von neun Monaten! Zeitungsausträger und Kegeljungen sollen Politik treiben dürfen.

Abg. Gröber (Zentr.): Man legt der Vorlage eine Bedeutung bei, die sie garnicht hat. Sie soll nur klar zum Ausdruck bringen, was der Reichstag bei Schaffung des Gesetzes gewollt hat. Die Vorlage ist nötig geworden, weil die Praxis Wege eingeschlagen hat, die im Gegensatz zu den Absichten des Reichstages stehen. Sicher ist, daß auch die neue Vorlage mit Definitionen arbeitet, die der Auslegung einen weiten Spielraum lassen. Zollfragen können schließlich eine Lebensfrage für eine Gewerkschaft sein; deshalb müssen sich diese Vereine damit befassen können. Wahlrechtsfragen sind unter Umständen Existenzfragen für den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die jetzige Fassung der Vorlage ist aber so unbestimmt, daß damit die Uebelstände, die sich herausgebildet haben, nicht unbedingt beseitigt werden. Allerdings ist es eine Unmöglichkeit, völlig klare Bestimmungen zu treffen.

Abg. Müller-Meiningen: Die Schwierigkeit, eine klare Fassung zu finden, die jede mißbräuchliche Deutung ausschließt, ist leider nicht zu beseitigen. Die Jugendlichen von den Gewerkschaften fernhalten zu wollen, ist direkt sinnlos.

Direktor Lewald stellt fest, daß der Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu § 3 für die Regierung unannehmbar ist.

Abg. Heine: Besser wäre es gewesen, man hätte der vom Reichstag im Sommer 1915 beschlossenen Abänderung des Vereinsgesetzes zugestimmt, dann hätte man jetzt diese Debatten nicht. Die Praxis der landesrechtlichen Behörden hat sich glatt über den Willen des Gesetzgebers hinweggesetzt. Der vorliegende Entwurf ist weiter nichts als ein Gewerkschaftsgesetz, das nur verhüten soll, daß Gewerkschaften als politische Vereine erklärt werden, wenn sie sich mit Fragen der Sozialpolitik beschäftigen. Während des Krieges sind aber die Gewerkschaften gerade durch die Regierung veranlaßt worden, über solche Fragen zu beraten. Sollen sie dafür nach dem Kriege gestraft werden? Redner zitiert Beispiele aus der Praxis, die zeigen, aus welch nichtigen Gründen oft Gewerkschaften für politisch erklärt worden sind. Die Vorlage will nur den Gewerkschaften einen Nachwuchs sichern.

Abg. v. Laszewski (Pole) begründet den Antrag auf Aufhebung des Sprachenparagraphen. Polnische Berufsvereine sind schon deshalb für politisch erklärt worden, weil sie sich als polnisch bezeichnet haben.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz. Arb.): Das Gesetz ist politischer Natur und von sehr großer Bedeutung. Das neue Gesetz soll das Instrument für die kommenden Kämpfe sein. Dann aber darf man den Bestimmungen keinen Kautschuk-Charakter geben. Das scheint aber offenbar mit der Absicht geschehen zu sein, um der Auslegungskunst der Gerichte den weitesten Spielraum zu schaffen. Auch mit Annahme der neuen Vorlage werden die Gewerkschaften verfolgt werden können. Das neue Gesetz bedeutet einen direkten Nachteil für die Gewerkschaften; in ihm soll vermutlich bereits die Neu-Orientierung zum Ausdruck kommen. Wenn die Regierung die von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagene Fassung für unannehmbar erklärt, so dürfe sich der Reichstag dadurch nicht abschrecken lassen. Redner begründet dann die Anträge auf Streichung des Jugend- und des Sprachenparagraphen. Rein politische Dinge gibt es nicht, jedes wirtschaftliche Gesetz hat einen politischen Untergrund, und wenn man den Jugendlichen zugestehen will, sich mit Wirtschafts- und Sozialpolitik zu befassen, dann hat es keinen Sinn, ihnen die Betätigung auf modernen Gebieten der Politik zu untersagen. Ganz unberechtigt aber ist es, die Landarbeiter auch fernerhin unter einem Ausnahmerecht zu belassen.

Die Diskussion wird in der nächsten Sitzung, deren Termin noch unbestimmt ist, fortgesetzt.

Aus Nah und Fern.

Die Fleischrationen in Berlin. Der Magistrat verordnete auf Grund des Viehauftriebes in der vergangenen Woche, daß innerhalb Berlins auf eine Brotkarte bis 250 Gramm frischen Fleisches oder Fettes oder von beidem zusammen wöchentlich zu entnehmen sei.

Explosion einer Handgranate. Der schon so oft gerügte Unfug, daß Kriegsteilnehmer Geschosse und Blindgänger mit nach Hause nehmen, hat in dem badischen Dorfe Hessental zu einem schweren Unglück geführt. Ein eben auf Urlaub angekommener Ersatzreservist zeigte seinen Familienangehörigen eine von ihm unerlaubterweise mitgebrachte Handgranate vor. Auf noch nicht festgestellte Weise explodierte diese, riß ihm selbst alle fünf Finger der linken Hand weg und verletzte seinen 17jährigen Bruder so schwer, daß dieser in Lebensgefahr schwebt. Der Vater des unglücklichen Urlaubers und seine beiden 7 und 17 Jahre alten Schwestern wurden leichter verletzt und stehen in ärztlicher Behandlung.

Großfeuer in französischen Werkstätten für Stickstoff-Gewinnung. Lyoner „Progrès" meldet aus Notre Dame de Briancon, daß in den dortigen Werkstätten für Stickstoffgewinnung, die für die Landesverteidigung arbeiten, infolge Selbstentzündung ein Großfeuer ausbrach, das beträchtlichen Schaden anrichtete. Vier französische und drei marokkanische Arbeiter sind schwer verletzt worden.

Schweres Unglück bei einer Filmaufnahme. Bei einer Filmaufnahme in Rom stürzte eine hohe Tribüne, auf der sich viele Darsteller befanden, zusammen, wobei 64 Personen zumeist schwer verletzt wurden.

Furchtbarer Erdrutsch in Italien. Im Cervotal bei Biella erfolgte, wie dem „Berliner Tageblatt" aus Lugano gedrahtet wird, ein ungeheurer Erdsturz. Er zerstörte die Eisenbahn-, Straßenbrücken und zahlreiche Gehöfte und blockierte sechs Dörfer. Jeden Augenblick wird der Absturz weiterer 15 000 Kubikmeter befürchtet. Die Nachrichten, die trotz strengen Vertuschungssystems der Regierung aus Rimini kommen, lauten trostlos. Die Stadt, in der bei einem Erdbeben über 1000 Häuser unbewohnbar wurden oder eingestürzt sind, ist ruiniert, und die Bevölkerung muß weggeschafft werden. Über Menschenverluste darf nichts in die Öffentlichkeit dringen, um die Kriegsstimmung im Lande nicht zu schmälern, doch geht aus dem Mitgeteilten hervor, daß die durch die österreichischen Flieger- und Flottenangriffe schon genugsam heimgesuchte Adriaküste mit ihrer vom Fischfang und sommerlicher Fremden-Industrie lebenden Bevölkerung in bitterste Not geraten ist.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.